

Zeitungspreis:

Preis: 16,50 Mk. monatlich, 5,50 Mk. vierteljährlich...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Reich“ erscheint wochentags einmal, Sonntags einzeln.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 5. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Wiederaufbau Europas.

Deutschland unentbehrlich.

Paris, 4. März. Laut „Nouvelles Courants“ meidet „Evening Standard“...

Genf, 4. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Neben die Londoner Verhandlungen über die Beschränkung der wirtschaftlichen Notlage...

Die Rendsburger Bewegung.

Schleswig für Deutschland.

Berlin, 4. März. Amstich wird mitgeteilt: Die auf der Rendsburger Tagung vom 1. März gewählte Deputation...

Die Regierung des neuen Reiches will, daß Schleswig-Holstein wie auch die anderen Landesteile, eine möglichst weitgehende Selbstständigkeit in provinziellen und Gemeindeangelegenheiten...

Konkurs der Deputation erwiderte Herr Iversen darauf u. a. folgendes: Was unser Vorhaben im einzelnen betrifft, so lege ich Wert darauf zu betonen...

Das Urteil der Dänen.

Hamburg, 4. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Während zunächst die Rendsburger Tagung als ein Zeichen von Loslösung betrachtet werden konnte...

„Norddeutsche Zeitung“ und das dänische Propagandablatt „Unser Land“ bereits vorher getan haben...

Kreuzverhör im Caillaux-Prozess.

Weisfallstundgebungen — Proteste — Mäße.

Paris, 4. März. (Tel. Union.) Im Caillaux-Prozess setzte die Anklage das Kreuzverhör fort. Die Frage drehte sich um die Abenteurergeschäfte Minotto und Lippacher...

Die ersten Heimkehrer aus Rußland.

Berlin, 4. März. (BZV.) Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der erste Transport aus Sowjetrußland mit 600 heimkehrenden Invaliden...

Die Warschauer Konferenz.

Helsingfors, 4. März. Die Warschauer Konferenz der Randstaaten und Rußlands beginnt am 6. März.

Deutschnationale Justiz.

Die Staatsanwälte im Erzberger-Prozess.

Nach der ersten Rede des Oberstaatsanwalts Krause im Erzberger-Prozess sagten wir hier, aus dieser ersten Probe lasse sich noch nicht erkennen, ob die eingetretene Veränderung in dem Verhalten der Staatsanwaltschaft eine Verbesserung...

Es fällt uns nicht ein, über Herrn Erzberger den schätzenden Schild zu halten, sondern wir sind der Meinung, daß ihn nachgewiesene Handlungen, die er als Mann des alten Systems begangen hat, als Mann des neuen Systems unmöglich machen...

Erzberger wird das Gericht als ein Gerurteiler verlassen. Aber auch der Schuldige hat Anspruch auf Gerechtigkeit. Wäre Erzberger in diesem Prozeß als der Verhaltene des Anklägers verurteilt, das sich nicht damit genügen läßt...

Das amerikanische Staatsdepartement bemerkt Redungen, nach denen sich die Vereinigten Staaten von allen Kommissionen der Friedenskonferenz zurückziehen wollen.

Alarm für den Sozialismus!

Von Otto Duc.

Was ist geschehen? Man denke: Die Regierung will hinterherum sozialisieren! „Alarm!“ überschreibt deshalb Generaldirektor Dr. Silberberg von der großen Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau...

Was ist geschehen? Das Reichswirtschaftsministerium war bereit, die Kohlenpreise um einen noch genau zu bestimmenden Betrag zu erhöhen...

Das ist alles, aber auch wirklich alles. Das nennt die Unternehmerpresse „hinterherum sozialisieren“, und schlägt „Alarm“. Das Reichswirtschaftsministerium hatte seine Beschlüsse in 10 „Leitfäden“ dem Reichskohlenverband zur internen Diskussion unterbreitet...

Eine Sozialisierung ist das so wenig, wie der Unterstaatssekretär Dr. Girsch unser Parteigenosse ist. Es ist eine Finanzierungsaktion, wobei das Reich als Kapitalgeber auftritt...

Herr Dr. Silberberg behauptet, der „deutsche Bergbau“ habe „niemals“ die Erhöhung der Brennstoffpreise verlannt, um auf diesem Wege Mittel für Erweiterungsbauten und Anlagen...

Dieser Vorgang ist von symptomatischer Bedeutung, weil er in klarer Weise erhellt, wie die Schwerindustrie heute wieder wie vor dem Kriege mit jähem Hartnäckigkeit jede Beschränkung der rein privatkapitalistischen Wirtschaft bekämpft.

Das Reich wurde bereits durch Eingabe von Anlagekapital an großindustrielle Unternehmungen zum Mitigentümer an solchen. Erinnert sei an die Finanzierung der Stickstoffwerke aus öffentlichen Mitteln...

Die „Leitfäden“ des Wirtschaftsministers betrafen also nicht einmal finanzpolitische Neuhand. Vor Jahresfrist haben auch Leitungen, die heute großen „Alarm!“ schlagen...

liche Meinung empfohlen. Heute wird schon diese Schein-Sozialisierung als ein „Verbrechen“ gegen das „geheilte Privateigentum“ heftig bekämpft. Die bloße Mitbeteiligung des Reiches am Bergbau ist sogar zu einer Frage des „Sein oder Nichtseins“ des Reichswirtschaftsministers, seiner Gefolgschaft und seines Systems aufalarmiert worden („Köln. Blg.“). Wie man im kaiserlichen Deutschland einem Minister, der den schäblichsten Versuch machte, den Bergarbeiterforderungen einigermaßen gerecht zu werden, zu „einem eleganten Abgang“ verhalf, so möchte man jetzt einen Minister, der sich weigert, ohne Sicherung der Allgemeininteressen die Kohlenpreise zu erhöhen, durch die Marmorierung der privatkapitalistischen Interessenten zum Absturz bringen. Um nicht weniger handelt es sich — zunächst.

Grundsätzlich geht der nun wohlorganisierte Kampf der privatkapitalistischen Interessenten gegen den Sozialismus überhaupt! In geschickter Weise wird der scheinsozialistische grobe Unfug bis vor der Revolution kapitalistischer, in den Novembertagen bis zum Anarchismus wild gewordener Elemente als „der Sozialismus“ ausgegeben und dann seine „Undurchführbarkeit“ bewiesen. Diese nach ihrer kindlichen Meinung den wahren Sozialismus vertretenden Experimenteure waren von sozialistischer Erkenntnis der wirtschaftlichen Möglichkeiten so weit entfernt, wie die Verschleier unseres blutdürstigen Profors ins Ausland von wahrhaft nationaler Gesinnung. Aber sie haben der privatkapitalistischen Propaganda gegen den Sozialismus ausgezeichnete Dienste geleistet. Indem noch dazu der Spaltungsdisk innerhalb der Arbeiterklasse erfolgreich wirkte, konnte das erneute Hervortreten des vor gut Jahresfrist kaum noch bemerkbaren großkapitalistischen Herrenbewußtseins nicht ausbleiben.

Die Unternehmer wollen den Sozialismus nicht, weil er angeblich die „private Initiative“ lähme. Die Arbeiter und Angestellten dagegen, nicht zuletzt im Bergbau, wollen einen Wirtschaftszustand, in dem der Mehrwert ihrer Arbeit nicht einzelnen privaten Unternehmergruppen, sondern der Allgemeinheit zugute kommt. Sagen und die Unternehmer, ohne privatkapitalistische Vereinerungsmöglichkeit schwinde die Unternehmungslust, so dürfen Arbeiter und Angestellte erklären: ohne die Gewißheit, nicht für das Vortemmonie private Kapitalisten zu schaffen, sei keine rechte Arbeitsfreudigkeit möglich. Vor diesem Dilemma stehen wir. Das ist die volkswirtschaftliche Kernfrage.

Die Unternehmer wollen sie in reinkapitalistischen Sinne lösen. Ohne Rücksicht auf die Lehren der jüngsten Vergangenheit und auf die Folgen. Um aber unser Wirtschaftsleben vor tödlichen Erschütterungen zu bewahren, heißt es nun zu alarmieren für den Sozialismus! Es ist absolut klar, daß das schwerindustrielle Großkapital dem sozialistischen Gedanken selbst in seiner allerstärksten Ausprägung keine Heimstätte in unserer Volkswirtschaft zubilligen will. Darum müssen wir Sozialisten zeigen, daß wir nicht gewillt sind, vor den privatkapitalistischen Herrschaftsansprüchen zurückzuweichen. Ist die Koalitionsregierung nicht von der Notwendigkeit systematischer sozialistischer Wirtschaftsgebung zu überzeugen, dann wüßte ich nicht, was unsere Parteigenossen in einer solchen Koalitionsregierung halten könnte.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß gibt nach längerer Zeit wieder einmal ein Lebenszeichen. Sein erster Untersuchungsergebnis eine Anzahl Geschäftsordnungsfragen. Es wurde beschlossen, die Antwort auf den feinerzeit mitgeteilten Beweisbeschluss zu veröffentlichen. Ferner wurde beschlossen, die Arbeiten der ersten Untersuchungsausschüsse auch auf die politische Entwicklung vor dem Tittentat in Serajewo auszudehnen.

Salon-Malerei.

In der Kunstentwicklung des letzten, des bürgerlichen Jahrhunderts unterscheidet Ludwig Justi zwei Richtungen: die eine, die „aus innerem Zwange“, und die andere, die „für äußere Zwecke“. Als äußere Zwecke kommen namentlich der Verkauf für das Museum und der Verkauf für den Salon des wohlhabenden Bürgers in Betracht. Daß Künstler, die nicht aus einem inneren Zwange zum Schaffen getrieben werden, für die Kunstgeschichte des Jahrhunderts nichts bedeuten, ist klar. Umso mehr aber bedeuten sie für die Kunstkritik des Tages. Denn sie bilden die Mehrheit, und der Geschmack des großen Publikums wird durch sie viel stärker beeinflusst, als durch die wenigen Einsamen, die bei ihrer Arbeit nicht an den Bilderhandel denken, sondern nur die eigene Vision zu gestalten suchen. Es ist damit nicht gesagt, daß die Werke der Salonmaler an sich künstlerisch wertlos sein müssen. Kamentlich in unserer Zeit, wo Dank dem Impressionismus und der Freistilmalerei die materielle Technik und das äußerliche Können ein sehr hohes Durchschnittsniveau erreicht haben, werden auch von Künstlern minderen Ranges Bilder geschaffen, die zum mindesten achtbare handwerkliche Qualitäten besitzen.

Das zeigen jetzt die Ausstellungen bei Schulte (Unter den Linden 75-76), in denen nicht die führenden, vorwärtstretenden und kämpfenden, sondern die aperkanten, erntenden und sozusagen faulen Kunstrichtungen vertreten sind. Zu ihnen gehören die Mitglieder des Märkischen Künstlerbundes, der dort jetzt eine Sonderausstellung hat und aus dessen Kreis Paul Plonze mit einigen Arbeiten hervortritt, die neben der virtuellen Beherrschung aller Mittel von einem eigenen und kultivierten Geschmack zeugen. Dazu gehört auch Eugen Spiro, der mit einer umfangreichen Kollektion den zweiten Hauptsaal füllt. Es gibt nichts, was er nicht malen könnte, aber er malt auch nichts, was seine Meister nicht schon ebenso gut und besser gelohnt hätten. Ein fröhlicher Zug ist in seinen Bildern, die alle auf starke kolossische Wirkungen hinarbeiten, aber man wird nicht durch innerlich Empfundenes gepackt, sondern durch wohlberedete Effekte verblüfft. Noch saunenswerter ist die technische bravoure, mit der Robert Belle die Bildfläche behandelt, mit der er kleine landschaftliche Farbenskizzen aus dem Handgelenk hinwirft, oder ein „Stilleben in Grau“, zwar kolossisch reichlich fode, aber in nicht zu überbietender handwerklicher Sicherheit entstehen läßt. Ed. Cucuel, dessen großartige und bestfarbige Bilder elegant gekleidete oder entkleidete Modedamen im Park, an der See oder im Douboir zeigen, hat seine Wirkungen auf „Ehr“ und „Auffigkeit“ gestellt, während Kurt Kuenze-Graefe in geschickter, aber in geistloser Mode repräsentative Familienporträts für die Salons zahlungsfähiger Kreise produziert. Klätige Interieurs und Stilleben von Heinrich Häbner sind vorhanden und garantiert wahrheitsgetreue Traktierer Verbebilder vom alten, ehrlichen

Das Ergebnis des französischen Eisenbahnerstreiks.

Wir hatten von Anfang an davor gewarnt, daß man dem französischen Eisenbahnerstreik eine besondere politische Bedeutung beimesse. Der französische Ministerpräsident Millerand hat zwar vor der Deputiertenkammer den Ausstand als einen revolutionären hingestellt, doch dürfte das darauf zurückzuführen sein, daß er der piephürgerlichen Mehrheit des Parlaments Angst einflößen und sich damit als den „starken Mann“ populär machen wollte. Die bereits mitgeteilten Grundlagen der zustande gekommenen Einigung stellen für die Streikenden weit mehr als einen ehrenvollen Rückzug dar: denn, wenn auch die Streiktage nicht bezahlt werden, so sind doch sämtliche Disziplinarstrafen aufgehoben und die Gewerkschaftsrechte werden ausdrücklich bestätigt.

Das Eigenartige und für unser sozialistisches Empfinden sehr Erfreuliche an dieser Bewegung war nämlich, daß sie, zumindest in ihren Ursprüngen, nur eine Solidaritätskündigung für einen einzigen zu Unrecht gemäßigten Kollegen bildete. Ein zu einer gewerkschaftlichen Bewegung nach Dijon delegierter Eisenbahner namens Campanaud hatte zu diesem Zweck rechtzeitig um Urlaub gebeten, und obgleich das Gesetz die Arbeitgeber verpflichtet, ihm diesen Urlaub zu bewilligen, war er ihm verweigert worden. Campanaud fuhr dennoch zu der Versammlung nach Dijon und wurde nach seiner Rückkehr entlassen. Die Kameraden aus seiner Werkstatt traten daraufhin in den Streik, welcher sich bald auf das ganze Eisenbahner der Gesellschaft Paris-Lyon-Mittelmeer ausdehnte, und sodann auch, nachdem die Regierung sich geweigert hatte, zu vermitteln und dem von der Gesellschaft mihakdeten Gewerkschaftsrecht Geltung zu verschaffen, auf ausdrücklichen Beschluß des Allgemeinen Arbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Eisenbahner auf ganz Frankreich erstreckt wurde. Es ist jedenfalls ein sehr erhebendes Zeichen proletarischer Solidaritätsempfindungen, wenn eines einzigen Mannes wegen über 200 000 Kollegen in den Streik treten. Daher bedeutet auch der erste Punkt der Einigung — Verpflichtung zur Achtung des Gewerkschaftsrechtes — einen moralischen Sieg der französischen Gewerkschaften.

Es mag zwar sein, daß mit der Ausdehnung des Ausstandes die Bewegung immer mehr einen politischen Charakter annahm und daß daher die diesbezüglichen Erklärungen Millerands der Grundlage nicht entbehrten. Wenn dennoch die Regierung sich zu einem Ausgleich hergab, der in schroffem Widerspruch zu den Gewaltmaßnahmen steht (Entlassungen, Mobilisierung usw.), die sie bereits ergriffen hatte, so ist dies wahrscheinlich auf die Gefahr eines Generalstreiks zurückzuführen, den die C. G. T. bereits erwog. Alles in allem dürfte diese nicht bis zum Ende durchgeführte Kraftprobe zwischen Arbeiterschaft und Kapitalismus das Klassenbewußtsein der französischen Arbeiterschaft wesentlich gestärkt und der Kammer des „Nationalen Blods“ gezeigt haben, daß das französische Proletariat sowohl gewerkschaftlich wie politisch ein Machtfaktor ist, mit dem man in Zukunft trotz des Wahlergebnisses vom 16. November 1919 nicht allzu rücksichtslos wird umspringen dürfen.

Beschwerdeinstanz gegen Zeitungsverbote.

Militärfragen im Reichsrat.

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrates am Donnerstag wurden zunächst eine Reihe neuer Vorlagen den Ausschüssen überreicht, darunter auch ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Schaumweinsteuergesetzes, ein Entwurf über die Einrichtung eines Reichskriminal-Polizeiamtes und von Landeskriminalpolizeibehörden, sowie der Entwurf eines Reichswehrgesetzes. — Dem Reichsrat wird ein Ausschuß von 7 Mitgliedern

Georg Koch, die sich allerdings von photographischen Aufnahmen nur durch ihre unmotiviertere Farbigeit unterscheiden.

Künstlerische Kultur ist hier nicht zu finden, wohl aber eine hochentwickelte Kultur des Handwerks, die man im Sinne des neuesten Neoplatonisten Oswald Spengler auch als künstlerische „Zivilisation“, d. h. Erstarrung und Verbürgerlichung, bezeichnen kann.

Andreas Daxos, der in den Blutjahren an erschüttertem Herzen den Kriegesgewalt den Buch „Reisenden im Krieg“ entgegenwarf, sollte nach einer aus dem Auslande kommenden Nachricht in Budapest verhaftet und zum Tode verurteilt worden sein. Die Berliner ungarische Gesandtschaft erklärt jetzt, daß nach ihrer Erkundigung an dieser Nachricht, die empörend gewirkt hat, kein wahres Wort sei. Daxos hat allerdings vor einiger Zeit die Absicht geäußert, nach Budapest fahren zu wollen, um seine Mutter und Geschwister wiederzusehen. Nach einer anderen Meldung befindet er sich zurzeit wieder in der Schweiz.

Die gehakte Pfarrhauskomödie. Der Randalismus der Berliner Schwarzen läßt deren Wiener Kollegen nicht schlafen. Wie verlautet, erhebt die christlichsoziale „Reichspost“ der Donaustadt scharfen Protest gegen die geplante Aufführung von Lautensachs „Pfarrhauskomödie“ im Wiener Renaissance-Theater. Die Landesregierung hat die Erlaubnis erteilt, daß an drei Tagen sogenannte geschlossene Vorstellungen stattfinden dürfen. Die „Reichspost“ erklärt nun, daß dieses Stück eine Herausforderung der christlichen Bevölkerung sei, welche sich diese Verhöhnung des Heiligens, des Heiligtums und des Priesters nicht gefallen lassen werde. Auch in Berlin sei dieses Stück entschieden abgelehnt worden.

Wie man sieht, läuft die „Reichspost“ den Hauschlußspitz der Berliner Merkmalen, der dem Stücke Lautensachs den starken Zulauf ganz und gar nicht mindern konnte, mächtig auf. Daß die Wiener Regierung weitgehend Rücksicht nahm auf das katholische Empfinden, genügt dem Blatt nicht. Der alte Geist kirchlicher Intoleranz soll dem Volke durchaus erhalten bleiben, und appelliert wird an die Hilfe des Adels, die denn auch wohl nicht vergebens aufgestachelt werden dürfte.

Das Rätsel der Irrlichter, das von der Wissenschaft noch immer nicht ganz gelöst ist, wird in den Ornithologischen Monatsberichten von Dr. Graf von Schwerin in eigenartiger Weise erklärt. Er weist auf die Erscheinung leuchtender Scheiterkugeln hin, die in letzter Zeit in Frankreich und England beobachtet wurde. Der von den Vögeln ausgehende hellle Schein ist wohl auf das Leuchten saurer Holzstämme zurückzuführen, die am Ufer der Flüsse von ihrem Wohlstand in hohen Säumen hängen bleiben. Im Zusammenhang damit berichtet der Verfasser eine von ihm gemachte Irrlichtbeobachtung: „wie über dem Moore, wohl 200 Schritt von uns entfernt, bald näher, bald ferne, ein fahler Lichtschein hin und her tanzte, bald dicht am Boden, bald hoch in der Luft, dann vom Sturm 80 bis 60 Meter zur Seite geschleudert und langsam wieder zurückpendelnd. Es war ein fahles, gelblichweißes, wie elektrisches Licht, scheinbar von Handgröße, wohl durch den strömenden Regen mit einem solartigen Schein umgeben.“ Diese Bewegungen des Irrlichtes erinnerten durchaus an eine im Flug vom Sturm fortgeweht, gegen den Wind an-

als Beschwerdeinstanz gegen Verbote periodischer Druckschriften gewählt werden. Dieser Ausschuß stellt eine Art richterliche Behörde dar, den Vorsitz wird der Minister des Innern führen. Der Reichsrat beschloß, daß in der Verordnung, durch die dieser Ausschuß eingesetzt wird, ausdrücklich gesagt wird, daß die sieben Mitglieder des Reichsrates ihre Entscheidung nach eigener, freier Ueberzeugung zu treffen haben, unabhängig von der Instruktion ihrer Regierungen. Zwei Mitglieder des Ausschusses werden von Preußen gestellt, die übrigen fünf von Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen und den Hansestädten.

Bei der Reichsbahn wird eine Vermehrung der Beamten um 1123 beschlossen. Neu angestellt werden sollen 853 Banbuchhalter und ebensoviel neue Geldhändler. Die für Festgehälter gewährte Entschädigung wird erheblich erhöht und außer den Festgehältern auch den Geldhändlern zugestimmt werden.

Bei der Beratung des Entwurfs über die

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit

wurde über die Frage gesprochen, ob die einzelstaatlichen Regierungen das Begnadigungsrecht bei Militärstrafen haben sollen. Minister Roske wandte sich gegen dieses Verlangen. Unter lebhaftem Widerspruch bayrischer und anderer Vertreter betonte er, daß der Reichspräsident allein das Begnadigungsrecht haben solle. Bei der zwölfjährigen Dienstzeit merkt es unmöglich sein, die Truppen als ganze an einem Orte zu lassen, es würde sonst eine solche Verschönerung und Verschlingung mit der Bevölkerung eintreten, daß die Truppen ihre Effizienz und Stützpunkt verlieren würden. Es werde auch oft vorkommen, daß Soldaten, die aus einem Teil des Reiches kommen, in einen ganz anderen Teil des Reiches geschickt werden. Die Mehrheit entschied gegen das einzelstaatliche Begnadigungsrecht. Das Gesetz soll am 1. Oktober 1920 in Kraft treten.

Dreisforderungen der Agrarier.

Im 6. Ausgange der Nationalversammlung steht zurzeit die Frage der Preisbestimmung für landwirtschaftliche Produkte der nächsten Ernte zur Beratung. Die Regierungsvorlage enthält Mindestpreise für Weizen 1100 M. die Tonne, für Roggen, Hafer und Gerste 1000 M. die Tonne. Mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei stellen sich alle übrigen Parteien auf den Boden der Regierungsvorlage. Ueberrascht wurde der Ausschuß durch einen Antrag Wüstke, der den Preis für Weizen auf 2000 M., für die übrigen Produkte auf 1600 M. die Tonne als Mindestpreis erhöhen will. Zu berücksichtigen ist, daß noch weitere Zuschläge zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres, also im kommenden Herbst erfolgen werden, wenn eine weitere Steigerung der Produktionskosten festgelegt wird. Herr Roske begründet seinen außerordentlich hohen Preisvorschlag damit, daß er als Grundlage für die Preisberechnung nicht die landwirtschaftlichen Gestehungskosten nehmen will, sondern als Preismaximum den Kohlenpreis in Vergleich setzt. Er argumentiert: Die Kohlenpreise sind gegenüber 1913 um 800 Prozent gestiegen, mithin kann für Brotgetreide eine entsprechende Preissteigerung gefordert werden. Der gegenwärtige Preis für Brotgetreide einschließlich Prämien ist 700 M. pro Tonne. Nach einer sehr nützlichen Schätzung würde sich der gegenwärtige Preis unter Zugrundelegung der Forderung Wüstkes für ein 4-Pfundbrot auf ungefähr 8,50 M. stellen.

Diese unerhörte Forderung der Agrarier beweist wieder, daß manchen ihrer Führer das Agitationsbedürfnis mehr als die Rücksicht auf das Gemeinwohl am Herzen liegt. Während die Industrie, soweit sie an Höchstpreise gebunden ist, Preisauflagen nur auf Grund der ermittelten Gestehungskostensteigerung bewilligt erhält, beanspruchen Roske und Genossen für die Landwirtschaft infolge einer Extrawurst, daß die Kohlenpreise den landwirtschaftlichen Abfahrpreisen zugrunde gelegt werden. Daß den Landwirten in jedem Falle ein angemessener Verdienst bleibt und selbst einige Preissteigerungen bereits in die gewählten Preise mit einfließen werden, dafür ist in der gegenwärtigen Vorlage der Regierung bereits gesorgt. Die Verbaucher werden sich gegen die Annahme dieser landwirtschaftlichen Führer mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen müssen.

kämpfende, auf- und niedersteigende Eule. Auf diese Weise ließe sich also das Auftreten von Irrlichtern aus dem Flug solcher leuchtenden Eulen erklären.

Kurt Erich Meurer las am 8. Novemberabend der Zeitschrift „Kabel“ aus eigenen Dichtungen. Sie sind zum Teil Gestaltungen des Erzählens. Landschaftliches gelingt am besten; doch nicht völlig frei ist Meurer, wenn er Natur und Menschenseele einem Will. Dann hat er gutliche Worte, weil im das überflutende Herz von formaler Konvention gedrängt. Aber wenn auch einiges herkommt und manches Wort springtartig den Hörer überfällt, spürt man doch viel kaltes Gefühl, auch Sprachgefühl. Daß seine Kraft, zu erwärmen, beengt ist, kann daran liegen, daß er, wie manche Dichter, nicht der beste Interpret seiner Welt ist. Er ist zu milde, zu nachsichtig, so daß er das Verständnis, feilsch und ahnend genommen, oft erspart. Nach ihm las Edgar Allan Poesons, Trull, Werfel. Aber da war nichts, was mit Kunst zu tun hatte. Es genügt doch nicht, daß man aus einem Dode ablesen kann. Das war über Dilettantismus, hso.

Hans Grandt Drama „Gubina“ hatte bei der Uraufführung am Düsseldorf Schauspielhaus guten Erfolg. Es wird auch am staatlichen Schauspielhaus aufgeführt werden.

Theater. Das „Städtische Schauspielhaus“ bereitet eine Neuaufstellung von Hebbels „Rebelungen“ vor, die noch in dieser Spielzeit heraufkommen sollen. — Carl Cleming, der sich der Sängerlaubbahn widmet, verabschiedet sich von den Besuchern des Schauspielhauses am 10. März in der Rolle des „Der Gott“. — Im Calintheater findet die Uraufführung der neuen Fosse „Ein alter Sander“ am 11. März statt. — Im Schauspielhaus findet heute die 125. Aufführung des Schwanen „Der Großhändler-Kavalier“ statt.

Dem Gedächtnis Ludwig Kubiners gilt eine Veranstaltung am 8. März im Oberhaus der Schauspielhaus. Alfred Velser, Roma Baum-Rubin und Richard Rubin werden aus seinen Werken lesen u. a. Die „Gewaltlosen“, 1. Akt. Kubol Konrad bricht über den Verdammten. Der Reinertrag ist für die politischen Gefangenen bestimmt. — Kubiners Drama „Die Gewaltlosen“ wird im nächsten Monat am Deutschen Theater in Stuttgart die Uraufführung erleben.

Der Wänercher Fichte „Georgina“ bezieht am 9. März in der „Neuen Welt“ des Jubiläum seines 50. Kongress. Das Programm bietet Außerordentliches. Das Blätterheft unter Carl Giesels Leitung mit: erhaltene Calisten (Wald, Dalgren, Maria Embel, Alfred Holz, Nikolaus Lumbin) sind gewonnen. Das Programm steht u. a. vor: Smeatons finnische Dichtung „Die Koldan“, Wärs 1. ungarische Schöpfung, Frucht aus „Trüben und Wolke“, die Bohannensprüche aus den „Recherchieren“ sowie Wänerchere von Beethoven, Orleg, Fried (Ernstlich), Wäner u. a.

Die Einheitsliche Relativitätstheorie, die in den meisten Kreisen ein Interesse hervorgerufen hat, wie man es in der Geschichte der Wissenschaft bei einer derartig abstrakten, für den Laien aber auch schwerverständlichen Materie wohl noch nie beobachten konnte, wird im nächsten Heft der „Umschau“ von Prof. Grebe in allgemein verständlicher Weise erklärt.

Eine Urabstimmung der Wänergenossenschaft hat gegen die Haltung einer Delegiertenversammlung in diesem Jahre entschieden.

Der Verein der Musiklehrer an höheren Unterrichtsanstalten Preußens wird seine Jahresversammlung nach einem neunzehnten Verberbeitung des Melamvorstandes schon am 1. und 2. April in Berlin abhalten. Diese Maßregel ist durch die endgültige Festsetzung des Eröffnungstages der Reichstagskonferenz auf Dienstag, den 6. April, notwendig geworden.

Der Rektor der Fachschule, Simon Dingner, ist in Barfuh im Alter von 82 Jahren gestorben.

Wählt Sonntag sozialdemokratische Elternbeiräte!

Prozess Erzberger-Helfferich.

(Schluß aus der Überdaugabe.)

Rechtsanwalt Dr. Alsbach fährt fort: Oberstaatsanwalt Krause fuhr in seinem Plädoyer fort: In der Frage der Ausführungsgebühren muß ich entschieden weitergehen als der Herr Oberstaatsanwalt. Der Oberstaatsanwalt hat aber die symptomatische Bedeutung dieses Eingeklagten für die Würdigung der Erzbergerischen Stellungnahme zu den grundsätzlichen Fragen der Ausführungsgebühren.

Wenn Herr Erzberger es nach seinem Ausscheiden aus dem Reichsministerium Herrn Hoffmann gegenüber an Treue fehlen ließ, so konnte sich Herr Erzberger über diesen Artikel nicht beklagen. Denn nach seinem Ausscheiden aus der Tiefbaugesellschaft Berger schwand Herrn Erzbergers Interesse für die Bergischen Geschäfte nicht ab. Er hat bei der Vertretung der Bergischen Interessen im Reichsministerium eine Anhänglichkeit an diese Gesellschaft bewiesen, deren der Herr Nebenkläger sich jetzt so sehr schämt, daß er sie sogar unter Eid bestritten hat.

Im Rückblick ist Herr Erzberger nur durch seine Ernennung zum Staatssekretär den vom Herrn Oberstaatsanwalt richtig gekennzeichneten Beweismitteln entgangen.

Ergiebt sich in der Quantität, wichtig in der Qualität zeigt sich der Fall Raigobin an, bei dem die prozessuale Tragik für Herrn Erzberger darin liegt, daß erst durch einen seinerseits wichtigen Entlastungsversuch ein Vorgang in ein grelles Licht gesetzt wurde, dessen für den Nebenkläger katastrophal kompromittierende Bedeutung vorher nicht erkennbar war.

In der Beurteilung des Falles Anshut schloß sich der Verteidiger den Ausführungen des Oberstaatsanwalts an.

Sapag-Aktien, Anale und Denk.

Dieser Fall bildet das dunkelste Kapitel in der geschichtlichen Betätigung des Herrn Erzberger. Der mühe- und risikolose Spekulationsgewinn, den Herr Erzberger hier gemacht hat, ist ihm nur dadurch möglich gewesen, daß er als einer der ganz wenigen inwieweit Kenntnis von den wirtschaftlichen Konsequenzen hatte, die sich für die betroffenen Schiffahrtsgesellschaften ergaben.

Der Verteidiger geht dann auf die Fälle Anale und Dr. Denk ein, die ergeben haben, daß für die Schlichtung des allmählichen Abgeordneten Grundbesitz, an denen die Behörden sonst unerbittlich festhalten, außer Kraft gesetzt seien.

Die Fälle Bertel und Wolff streift der Verteidiger nur kurz.

Das Kapitel „Unwahrhaftigkeit“ des Herrn Nebenklägers hat sich in diesem Prozeß als ebenso groß als trübe erwiesen. Unwahrhaftigkeit mit einem nicht unberücksichtigten Zulage von Intrigen ist auch das Kennzeichen des Verhaltens Erzbergers zu den von dem Angeklagten als Staatssekretär eingebrachten Steuerentwürfen.

Wiener Reise.

Die gleiche Unwahrhaftigkeit hat sich bezüglich des von Herrn Erzberger in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 12. Juli behaupteten Auftrages für seine Wiener Reise ergeben. Durch die zeugeneidliche Aussage des Herrn v. Bethmann Hollweg ist festgestellt worden, daß der frühere Kanzler Herrn Erzberger niemals einen solchen Auftrag erteilt.

Der Verteidiger geht dann auf die Juli-Resolution ein. Die Vernehmung der Herren Bethmann Hollweg, Soahn, Lewald und Harbus ergab aber, daß Herr Erzberger im kritischen Augenblick zu seiner Behauptung den Reichskanzler von der Richtigkeit seines Vorleses, der zur Juli-Resolution führte, weder direkt noch indirekt Mitteilung gemacht hat. In diesem verhängnisvollen Intrigenstück wird man vergebens nach einer Version oder Variante suchen, die für sich das Vorrecht in Anspruch nehmen könnte, daß ihr Herr Erzberger die Wahrheit gesagt habe.

Der Verteidiger vertritt die Ansicht, daß auch aus dem vom Angeklagten erhobenen Vorwurf der Unanständigkeit. Der Fall Dombrowski hat einen nicht negierenden Mangel an politischer Wohlwollendigkeit auf Seiten des Nebenklägers gezeigt. Das gleiche gilt für den Flottenvereinsfall und den Fall Hüsterberg. Der Nebenkläger ist hier nicht davor zurückgekehrt sich Material gegen politische Gegner auf Wegen zu verschaffen, die er heute in seiner Steuerangelegenheit selbst auf das schärfste bekämpft.

Die Schmach.

Der Artikel Erzbergers in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 22. Juli 1919 in Verbindung mit den Ausführungen des Nebenklägers in der Nationalversammlung vom 20. Juli und den Behauptungen des Geheimrats Krieger läßt nicht den geringsten Zweifel darüber bestehen, daß das Vorgehen Erzbergers gegen den Angeklagten nicht anders verstanden werden konnte, als im Sinne einer Empfehlung Erzbergers an die Entente für deren Auslieferung. Man kann die Schranken, innerhalb der sich der politische Kampf bewegen darf, noch so weit ziehen, niemals ist es zu rechtfertigen, daß ein Volksgenosse den anderen mit einer Maßnahme bedroht, die im Urteil aller als die größte und schändlichste Schmach aller Zeiten empfunden worden ist.

Im Anschluß an seine Ausführungen über den vom Angeklagten erhobenen Wahrheitsbeweis legt der Verteidiger dann im einzelnen dar, daß auch keine formalen Verleumdungen vorliegen, die nicht durch die Wahrnehmung berechtigter Interessen gebildet seien. Bei einer Anzahl von als beleidigend bezeichneten Äußerungen, die dem Angeklagten zur Last gelegt seien, trifft auch der Gesichtspunkt zu, daß diese Äußerungen der Abwehr eines gegenwärtigen rechtswidrigen Angriffs von Seiten des Nebenklägers dienen könnten, also in Notwehr, speziell Ehren-Notwehr, erfolgt seien. Der Gesichtspunkt der Notwehr werde, wie das Reichsgericht entschieden habe, durch ein aggressives Verhalten des Angegriffenen gegen den Angreifer nicht ausgeschlossen.

Die Tragödie des schrankenlosen Individualismus.

Nach eingehenden rechtlichen Ausführungen zu diesen Fragen schließt Dr. Alsbach sein Plädoyer mit den Worten:

Dieser Prozeß ist für den Mann, der mit seinen ewigen Vuhpredigten über schändlichen Mammon steigt, seinen politischen Gegnern entgegengerichtet ist, zu einer Tragödie des schrankenlosen Individualismus geworden. Darf er sich wundern, wenn ihm von denen, die im harten Kampf gegen ihn gestanden haben, dieser Widerspruch zwischen Lehrform und Lebensform nicht verziehen wird, wenn sie für die Würde des Skeptikers gegenüber eigenem Tun kein Verhängnis zeigen? Darf er sich wundern, wenn der Gesellschaft, die der Angeklagte bei diesem Kampf in den weitesten Kreisen des Volkes gefunden hat? Diesem nicht! Denn tief im Volk ist eine nur zu berechtigte Abneigung gegen die politische Macht als Mittel des Geldverdienens begründet. Dort findet der Angeklagte auch Verständnis für die harten Gefühle, die ihm mit wachsender Hammerkraft den Schwanz zertrümmern trügen, den der Weltkrieger vor sich aufgerichtet hatte. Und sollte der Angeklagte bei seinen Richtern dieses Verständnis nicht finden? Ein Richter, der diesem Danke anhängt, hat einen vor wenigen Monaten in den „Preussischen Jahrbüchern“ veröffentlichten Aufsatz über die Erziehung des Richters mit den von meinem Ethos durchglänzten Worten geschlossen: „Wehe dem Richter, der das Unrecht nicht hassen kann!“ Wehe dem Politiker, der das Unrecht nicht hassen kann! Der nicht hassen kann die Unreinlichkeit der Politik. Mit reinem Schilde ist der Angeklagte in diesen Kampf gezogen. Mit reinem Schilde lehrte er aus diesem zurück. Die Sorge seiner Freunde, die die Schwere des Kampfes gegen den mächtigen Minister des neuen Deutschlands nicht unterschätzten, hat ihn in diesem Kampf geleitet. Heute aber kann er ihnen mit Stolz zurufen: „Ich hab's gewagt!“

Am 2 1/2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Am heutigen Freitag wird die Verhandlung um 1/2 Uhr fortgesetzt. Es wird zunächst Geheimrat v. Gordon und dann Rechtsanwalt Dr. Friedländer sprechen.

Groß-Berlin

Wie wählen wir am Sonntag!

Die Elternbeiratswahlen in den Vororten haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß ein großer Teil unserer Parteigenossen versagt hat. Schuld daran sind die sogenannten „Christlich-Unionistischen-Listen“. Da die Wähler zu einem guten Teil immer noch der Meinung sind, daß Religiosität zur Kindererziehung gehört, hat die Weisheit mit ihren

unpolitischen Listen ein leichtes Spiel. Es gelingt ihr immer wieder selbst aufgelierte und durchaus klassebewußte Arbeiter bange zu machen. Doch die Christlich-Unionistischen sind im eigentlichen Sinne politisch, und zwar reaktionär. Deshalb müßten diese Listen unchristlich-politisch heißen, selbst wenn die Leute, die dafür zu haben sind, nicht wissen, daß sie politisch mißbraucht werden. Die Dankschreiber von rechts, die Reaktion, die sich hinter diesen christlichen Listen verbirgt, weiß das. Darum Parteigenossen, glaubt ihnen diese Täuschung nicht, wählt nicht ihre Listen!

Aber auch die Unabhängigen sind nicht auf dem richtigen Wege. Auch sie wollen mit Hilfe der Elternbeiräte ihre politischen Absichten in der rücksichtslosesten Weise durchsetzen. Die Sozialdemokraten aber halten für das Beste die gute Zusammenarbeit mit der Linken. Die Elternbeiräte sind zu einem Mittel der Parteipolitik geworden, sondern helfen, das gute Einverständnis zwischen Schule und Haus herzustellen, das notwendig ist bei dem geistigen Wiederaufbau unseres Volkes, der bei der Schulpflicht beginnen muß. Darum ist es Pflicht aller jener, denen das Wohl ihrer Kinder am Herzen liegt, ihr Wahlrecht auszuüben.

Wer nicht will, daß die Elternbeiräte ein Instrument des politischen Kampfes und die Schulen Werkstätten der Reaktion werden, der komme am Sonntag für die Listen der Reichsliste zum Vortritt.

Groß-Berlin im Provinziallandtag.

Der Brandenburgische Provinziallandtag wählte Donnerstag zu Mitgliedern des Provinzialausschusses: Oberbürgermeister Dr. Scholz-Charlottenburg, Polizeipräsident a. D. von Oppen, Oberbürgermeister Dreiser-Gothaus, Rentmeister Krüger-Groppe, Oberbürgermeister Hopf-Coburg, Buchdruckermeister Sidow-Brandenburg, Bürgermeister Scholz-Neuhän, Stadtrat Hähnen-Guben (Soz.), Schriftführer Dr. Prellscheid-Wilmersdorf (Unabh.). Zum Vorsitzenden des Provinzialausschusses wurde einstimmig Oberbürgermeister Dr. Scholz, zum stellvertretenden Vorsitzenden Oberbürgermeister Hopf gewählt.

Im Namen des Sonderausschusses für die Groß-Berliner Frage erstattete Abg. Dr. Neumann-Prähna Bericht. Der Kommissionsbericht ist mit knapper Mehrheit angenommen worden. Söllige Uebereinstimmung herrscht aber in dem einen Punkte, daß die Eröffnung der Provinz durch den Grenzverlauf Groß-Berlin auf das schwerste bedroht sei und daß unbedingt von der preussischen Landesverwaltung verlangt werden müsse, daß sie die Lebensbedürfnisse der Provinz mehr Rücksicht nehme. Abg. Oberbürgermeister Dr. Scholz begründete den erneut eingebrachten Antrag der Bürgerlichen Fraktion, wonach die Maßnahmen für die Auseinandersetzung zwischen Berlin und der Provinz im Geise selbst schiedlich werden sollen. Ferner ist im Geise eine Verbindung zu schaffen, die eine gemeinschaftliche Lösung gemeinschaftlicher Aufgaben ermöglicht, also ein erweitertes Nordverband. Oberpräsident Dr. Naeff wies mit aller Entschiedenheit den von Dr. Scholz erhobenen Vorwurf zurück, daß die Staatsregierung im vorigen Sommer zu dem Vorenentwurf Stellung genommen und nach Ablauf der Neuwahlen zum Provinziallandtag bei der Staatsregierung eine frühere Einberufung des Landtags zur Beratung über Groß-Berlin nicht beantragt. Bezüglich der dem Provinziallandtag unterbreiteten Vorschläge gab der Oberpräsident folgende Erklärung ab: Die Ansicht der Staatsregierung geht nicht dahin, daß es wünschenswert sei, die Stadtgemeinde Berlin oder Groß-Berlin mit der Provinz Brandenburg zu verbinden; sie ist vielmehr der Ansicht, daß das Interesse des neuen Groß-Berlin, nach den Interessen der Provinz Brandenburg entspricht. Bürgermeister Scholz-Neuhän (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion ist sich darüber einig, daß die Reichsleistungsfähigkeit erhalten bleiben muß; daß der Weg des Nordverbandes mit Berlin kann sie aber nicht

Jan Krebsreuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen. Aufzeichnungen von Hans Müller-Schlösser.

Lünnes nahm sich noch ein paar Boffertjes für unterwegs mit, und dann gingen sie. Aber Jan ließ Lünnes allein rumbfahren. Er selbst blieb vor dem Karussell stehen und schaute mit heißen Augen nach der Schiebhubde hinüber, wo mehrere junge Burischen aus derbe Art mit dem Mädchen scherzten. Ihr größtendes Lachen schallte durch den Lärm zu ihm herüber. Jan baute Luft, mitten unter die Burischen zu springen und sie zu verprügeln. Er wünschte sich, so stark zu sein wie Samson, der tausend Büffler mit einem Esels Hintern erschlug. Mit jeder Hand würde er zwei von den Burischen im Genick packen und rütteln und schütteln und dann über die Bude hinüber schmeißen. So, hal würden die Leute die Augen aufreihen vor Staunen über diese unmenschliche Kraft. Aber sie würde ihn anlächeln und ihn zum Dank, daß er sie von der lästigen Gesellschaft befreit hätte, einen Kuss geben. Oh, wie schön!

Jan lauschte aus tiefer Brust. Oder ein Zauberer möchte er sein, angetan mit herlichen feidernen Kleidern. Dann würde er langsam hinübergehen und mit seinem Zauberstäbchen die Burischen berühren und sie in blecherne Schotländer verwandeln oder in lebene Pfeifen, wonach die Leute dann der Windbüchse schreien könnten. Er aber würde kleine Steine vom Boden aufheben und sie ihr als blinkende Diamanten in den Schoß werfen. Ach, doch er kein Zauberer war!

Unzufrieden mit seinem Schicksal drehte er sich um, da sah er Lünnes bloß und mit hängenden Lippen vom Karussell herunterstolpern.

„Mir ist so schlecht, Jan!“ hauchte Lünnes und spuckte zugleich dünnen Speichel aus und rülpte.

„Du kannst ja auch den Hals mit voll kriegen von den Boffertjes, Lünnes! Jetzt ist das Radlohr da! Mir liegen sie auch schwer im Magen.“

„Oh! Bah! Jezzte Lünnes, hielt sich an Jan fest und puchte sich mit dem Kermel den kalten Schweiss von der Stirn. „Und die Boffertjes habe doch so lecker geschmeckt!“

„Ja, lieber Lünnes, die meisten Dinge beurteilt man mehr nach ihrem Geschmack als nach ihrer Bekömmlichkeit!“

„Lünnes, wir wollen einen Schnaps trinken.“ schlug Jan vor, kante Lünnes unter den Arm und schleppte ihn mit. Er ging den Tönen einer Fiedelharmonika nach und fand auch eine Schnapsbude, die angefüllt war mit Tabakqualm und süßlichem Dampf.

Als sie wieder hinausstraten, war es dunkel geworden. In den Buben brannten im Abendwinde pendelnde und flackernde Dellampen.

„Oh, Jan,“ rief Lünnes bekommen, „wir sollten doch, wenn es dunkel ist, an Bord sein! Reht aber rasch!“

Und Lünnes wollte sich in Trub setzen, aber Jan hielt ihn fest. Der Schnaps hatte ihn heiß und betwogen gemacht.

„Lünnes,“ sagte er und pufete, „jezt wollen wir noch einmal schiefen!“

„Ree, nee, Jan! Lieber morgen. Oder, wenn du schiefen willst, schief! Ich geh' an Bord.“

Lünnes machte sich los und wollte laufen, aber allein zurückbleiben in der dunklen, fremden Stadt war Jan auch nicht nach der Mäße. Also setzte er sich knurrend auch in Trub. Sie liefen durch mehrere Straßen, konnten aber in der Dunkelheit den Weg zum Rhein nicht finden und liefen so ein paar mal im Kreise herum.

Da schlug eine Turmuhr. Jan zählte mit. „Rehn.“

„Wir kriegen Sau!“ jammerte Lünnes. „Ruhig!“ erwiderte Jan und schnupperte. „Hier sind wir auf dem Weg zum Rhein, ich riech' Teer und Schif.“

Und richtig, am Ende der Straße war das Tor. Mit einem keinen Galopp liefen sie darauf zu, puffedten aber zurück und starrten sich dumm an. Das Tor war verschlossen!

Lünnes fing wieder an zu jammern. „Du bist es schuld, Jan, Du mit deinem Schnapsstrinken!“

„Und du! Du mit deinen Boffertjes! Komm', wir wollen ein ander Tor finden. Bieleicht ist noch eins offen.“

Und der jammernde Lünnes stolperte neben ihm her. Sie kamen wieder auf den Marktlay. Die Bubenreihen lagen düster und verlassen da.

Jan wühlte, daß keine Weine und kein Räden anderen Sinnes waren als kein Hopfenes Herz. Dieses wollte zu der Schnapsbude getragen werden aber jene wollten eilig an

Bord, weil der Kluden sich vor dem Lanende fürchtete. Räden und Weine waren in der Uebermacht, und wie so oft mußte auch diesmal das arme Herz der Gewalt weichen, zumal Räden und Weine mächtige Verbündete bekamen in Gestalt des Nachtwärders und seines alten Hundes, der Jan und Lünnes mit heiserem Gebell an die Weine fuhr.

Jan und Lünnes liefen davon. Als sie wieder vor dem verschlossenen Tor standen, sagte Jan:

„Wir springen einfach die Mauer hinab. Draußen sind Wiesen, da fallen wir weich.“

Sie schlangen sich auf die Stadtmauer und schauten hinab, bis sie eine Stelle gefunden zu haben glaubten, wo die Mauer nicht zu hoch war. Sie ließen sich auf der anderen Seite der Mauer herunter und hingen ausgestreckt an den Händen.

„Ja zahl' bis drei, Lünnes, dann lassen wir los! Also aufpassen: Eins — zwei drrrrei!“

Jan ließ die Hände los, nachdem er sich mit den Füßen noch einen Schwung gegeben hatte.

Sie saukten durch die Luft, die ihnen an den Ohren vorbeisüßte, und im nächsten Augenblick fielen sie butterweich, aber bis an den Hals!

„Gott sei Dank!“ rief Jan, „wir sind in weichen Schlamm gefallen. Unsere Knochen sind heil geblieben.“

(Fort folgt.)



Weinbrand Cognac Marke

Goldstück

Jacob Stück Nachfolger Hanau
Cognacbrennereien

General-Vertreter: Vertriebsgesellschaft für Brennerei-Erzeugnisse m. b. H., Berlin W 9, Potsdamer Str. 23a. Telephon: Kurfürst 743.

Opernhaus.
3 Uhr, außer Abonnement:
Siegfried.

Schauspielhaus.
Friedrich der Große.
I. Teil: Der Kropfprinz.
Abends 6 1/2 Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.

7 Uhr: Der lebende Leichnam
Sbd. 7 1/2: Die Sendung Semests.
Kammeroper.

7 1/2 Uhr: Die deutsche Kleinstädter
Sbd. 7 1/2: Gahr. Schillingsflucht

Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.

7: Hamlet (21. Abt., 2. Ab.)
Sbd. 7: König Oedipus (auß. Ab.)

Theater i. d.
Königgrätzerstraße

1/2 Uhr: Schloß Wetterstein
Sbd.: Schloß Wetterstein
Sg.: Schloß Wetterstein
Nachm.: Erdgeist (M. Orska)

Komödienhaus
1/2 Uhr: „Sieg.“
Sonabend, zum ersten Male:
Der Herr Minister.
Komödie von Paul Schiller.
(Max Paalenberg, Fr. Richard,
Helma Sieda, Rose Veidtkirch,
Grete Diercks, Gustav Botz,
Werner Hollmann, Frieda
Lehndorf, Hermann Picha.)
Sonntag: Der Herr Minister
Montag: Der Herr Minister

Berliner Theater
7 Uhr: Der
letzte Walzer.
Fritz Masaryk, Otto Storm,
Hans Wassmann.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Fräulein Puck.**
Deutsches Opernhaus

7 Uhr: Die teten Augen
Die Tribüne.

7 1/2 Uhr: **Franziska.**
Eden-Theater.

7 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin
Sonntag: „U. A. W. 2.“
Friedr.-Wilhelms-Th.

7 1/2 Uhr: Der Raub der Europa
Kleine Theater.

7 1/2 Uhr: Die Pfarrhauskomödie.
Kl. Schauspielhaus.

7 1/2 Uhr: Die unberührte Frau
Komische Oper

7:30 Uhr: **Dichterliebe.**
Stg. 7/2: Schwarzwalddiät.
Lustspielhaus
Arnold Beck in:

7 1/2 Uhr: **Der Großstadt-Kavaller**
Metropol-Theater.

7 Uhr: **Sybill**
Sonntag 3 Uhr: Charleys Tante
mit Thelechner

Neues Operettenhaus
Mia Werber als Gast in:

7 1/2 Uhr: **Die kleine Hohel.**
Stg. 7/2: Die Dame vom Zirkus.
Schiller-Theat. Charl.

7 1/2 Uhr: **Die verlorene Tochter**
Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: **Die närrische Liebe**
Th. am Nollendorferplatz
7 1/2 Uhr:

Der Vagabunde
Theater des Westens

7 1/2 Uhr: **Die Frau im Hermelin**
Stg. 7/2: Die lustige Witwe.
Wallner-Theater

7:15 Uhr: **Eine Ballnacht.**
Stg. 7/2: Gelasha m. Mia Werber
Walhalla-Theater.

7 1/2 Uhr: **Csárdásfürstin.**
Residenz-Theater.

Stadtbahn jannowitzbrücke.
Täglich 1/2 Uhr:

Die Raschhoffs
Von Hermann Sudermann.
Sonntag: 4. Max und Moritz.
Sonntag 4: Der gute Ruf.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich 1/2 Uhr:

Femina.
Sonntag: 4: Hansi und Gretel.
Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 1/2: **Der Liebestrank**

Direktion: Victor Barnowsky.

7 Uhr: **Peer Gynt.**
Sonabend 7 1/2: Pygmalion.
Sonntag 7 1/2: Pygmalion.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich
Menagerie
7 1/2 Uhr:

Rose-Theater.
7 Uhr: **Wilhelm Tell**

◆ **Folles Caprice** ◆
Eck Friedrich- u. Lindenstraße

Täglich 7 1/2:
Die abgetrennte Frau
Zwangsquartierung.
Oh dieser Nowack!
mit Ferdinand Gröneck
in den Hauptrollen.

Schall u. Rauch
im Großen Schauspielhaus,
Karlstr. - Schiffsbarracken
Das neue Märzprogramm

Oskar Sabo
Valeska Gert
Mady Christians
H. H. v. Twardowski
Hans von Wolzogen
Irmgard Bern
Danny Görtler d. J.
Marie Lud.

Musik. Leit. Friedr. Holländer.
Eröffnung 7 1/2, Beginn 8 1/2, Uhr.

Circus Busch
Freitag, 5. März, 7 1/2 Uhr
Das neue
März-Programm

Tuxin 4 Mann m.
d. Flasche

Sgo's 4 kühne
Dackelspiele
usw.

9 Uhr: **Pouertanz** 9 Uhr
in „Aphrodite“

APOLLO
Theater
Friedrichstraße 218.

**Ausland-
März-Sensationen**

Minodes Cie die ersten
wieder in
Berlin

4 Williams
Cowboy-Lasso
Spiele mit 9 Pferden

Sylvester-Cremo
Fam. Meister-Ikarter
Amerikanische
Puppenspieler
vom Royal-Orpheum
Miri Kindl u. Partner

Zahnflug
mit hängenden Men-
schen durch den Zu-
schauerraum

Mary Blank
Meister Jongleuse
u. and. Sensationen

Olympia-Theater
(früher Voltz, Badstr. 38)
Tägl. abends 7 1/2 Uhr:

Die spanische Fliege
Schwank
in 3 Akte

Casino-Theater
Auf allgemeinen Wunsch
des großen Erfolges wegen
7 1/2 noch bis Mittwoch: 7 1/2

Schnlepele Lene
Donnerst., 11. März, 2. 1. Male:
Ein alter Sünder.
Sonntag 7 1/2: Die Wunderkur.

Reichshall-Theater
Oden Weg 7 1/2, und
Sonnt. 2. u. 3. U.
**Stettiner
Sänger.**
Nachmittags
ermäßigte Preise

Winter-Garten
Täglich 7.30 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14/14.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger.
9 ehren. Mitgl. der
Stettiner Sänger.
Sonnt. nachm. 3 U.
ermäß. Preis. (voll.
Abend-Programm.
Blühnen-Konzert.
Beginn 7.10 Uhr.
Zum Schluß:
Die Heben Verwandten.
Vorverk. 11-12 u. 4-6 Uhr.

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Soliman

2 Uraufführungen:

**Zwangsliebe
im Freistaat**
Die Sozialisierung
von Liebe und Ehe.
5 Akte.

**Der Vampyr
von St. Louis**
II. Teil.
Aus dem Tagebuch
des berühmten Detektivs
Nic Carter.
Hauptrollen:
Bruno Eichgrün
Rita Clermont

**METROPO
KABARETT**
BEGRÜND. 33-34

Allabendlich 7 Uhr:
John Hamilton
Fritz u. Bobby Link
**Eleana Schütter-
Grünitz**

Marga u. Egon Laron
Max Goldberg und
Carmen Kahlig-Goldberg
in

Ein nächtlicher Gast
Hansl Elzer
Paul Goldler

Walter Steiner
Gesa. Varady Truppe
Grete Russ
Dousson

Kapelle Mundi Neumann.
Am Flügel: E. Heutschel.

Admirals-Palast
Heute z. 500. Male
Die lustige Puppe
7 1/2 Uhr.

BILL
Turmstr. 12
Bruno Kastner
in: Verbotene Liebe.

Potsdamer Str. 38
**Ophir, die Stadt
der Vergangenheit.**
5. Teil des gr. May-Films
Die Herrin d. Welt

Friedenau, Rheinstr. 14
Tänzerin Tod
m. Reinh. Schünzel

Alexanderplatz-Passage
Der gelbe Tod.
2. Teil.

Wochentags ab 7 Uhr

UFA THEATER UFA
Auf vielseitigen Wunsch!

Kurfürstendamm 20

Madame Dubarry
mit **Pola Negri**
in der Titelrolle
Regie: Ernst Lubitsch

Nollendorferplatz 4

Gunar Tolndes
Lili Jacobsen
in **Söhne des Volkes**

Alexanderplatz
Weinbergsweg 16

Boccacios Liebesabenteuer
Ein galantes Traumspiel
in der Hauptrolle die ungarische Schönheit
Ica v. Lenkeffy

Kammerlichtspiele

Mozartsaal

Spiken
Dänisches Schauspiel nach dem
Roman von Paul Lindau
Hauptrolle:
Gudrun Houlberg

Dänisches Schauspiel in 4 Akten
mit **Gudrun Houlberg**
Carlo Wieth

Friedrichstraße 150

Maria Magdalene von
Friedrich Hebbel
In den Hauptrollen:
Höflich / Grünlag / Winterstein / Hartmann / Schlnzel / Klöpfer / Diegelmann / Graetz

Schöneberg

Die Marchese d'Armiati
mit **Pola Negri**
Regie: Alfred Halm

Hansendie

Grete Freund
und **Felix Basch**
in **Mascotte**
mit Leo Leppigere Jonas „Johann Joss“
Prinzesschen
mit **Lotte Neumann**

UFA
Lichtspiele
TauentzienPalas
Definitiv letzter Tag!
Wochen-Zyklus

Die Herrin der Welt
Titelrolle: **MIA MAY**
Künstlerische Oberleitung: **Joe May**

Hauptrollen: **Mia May / Hans Mierendorf**
Michael Schöner / Paul Hansen / Ernst Kosmann

Dienstag, 2. 3. 5. Teil | Donnerstag, 4. 3. ... 7. Teil
Mittwoch, 3. 3. 6. Teil | Freitag, 5. 3. 8. Teil

Beginn: 7 und 8 1/4 Uhr / Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

SportPalas
Das größte Kino der Welt
Potsdamer Str. 72 • Hochbahn Bülowstr.

Am Weibe zerschellt
Erich Kaiser-Titz

Wenn Herzen in Liebe erglühen

Schau-Burg
Potsdamer Platz
Königgrätzer Str. 121

Käthe Haack
Heinrich Peer
Karl Beckersachs

Die Spieler
4 Akte von Ludw. Wolf
Nach dem Roman von
H. Heft. Ztp.

Varieté-Café Moritzplatz
Oranienstr. 53-55

Dir. E. Korant
Künstl. Leit. Hellmuth Bernsdorf. Orchest. Georg Wöhlert

Das große Weltstadtprogramm
Reinach II. Part. x Rich. Springer x 3 Ferandis
Geschw. Smiles x 2 Wendelin x Behrwall u. Part.
Karl Steinlager x Hill und Hull

4 1/2-7: Tanz-Vorführungen

8 Neuhusen-Billard
Liquortube

Konzert- und Edelweiß
Operette mit
Lotte Armetste
Paul Sternberg
Musik von
Fr. Leber

W R

Beethovenaal.
Sonntag, 7. März, 7 1/2
LETZTER Lustiger Abend
MARCELL

SALZER
Karten 5-2 M. (exkl. Steuer)
Bote & Bock, Wertheim.

Jch
bin
raffert

**Raffier-
Klinge**

Guerhahn

Zu haben in allen ein-
schlägigen Geschäften; direkt
nur an Wiederverkäufer
Schramberger Uhrladern-
fabrik, G. m. b. H.,
Schramberg (Württbg.).

Platin
höchste Preise
Zahngebisse
bis 3000 Mark,
jedoch pro Zahn
nicht unter **21 M.**

**Gold, Silber-
schmucksachen**
**Gebrauchs-
gegenstände**
sowie Bruch

Konkurrenz-Preise
Pilz
Alte Schönhauser
Straße 19 II.
Geschäftszeit:
9-3 Uhr.

Zigaretten
Für deutsche preisen. Fabrikate
in verschiedenen
Qualitäten.
Beste Bezugsquelle für
L. Manheimer, Berlin,
Bergmannstr. 1 (n. Kreuzberg)

!!! Geld !!!
Für jede Wertpapiere, Schecks, Wechsel,
Kaufverträge für Wertpapiere,
Schecks, Wechsel, Geldverleihen,
Kaufverträge, Schecks, Wechsel, Woff,
Friedrichstr. 41 III. 6. u. 7. Stock.

Saal frei!
(ca. 1000 Pers.) für Vereine, Versamml., Gesellschaft, usw.

Residenz - Festsäle,
Laudenberger Str. 31 (Nahe Alexanderplatz).
Teleb.: Alexander 2254.

Dr. Hoffbauer's Entfettungstabletten

Vollkommen unschädliches und erfolgreichstes
Mittel gegen Fettsucht und übermäßige
Korpulenz, auch ohne Klappen einer bestimmten
Diät. Keine starr wirkenden Arzneimittel, keine Schil-
drüse enthaltend.

Nicht schmerzhaft. - Leicht bekömmlich.
Gratis-Broschüre versendet auf Wunsch

Elefanten - Apotheke, Berlin SW. 19
Am Zentrum 7192. Leipziger Str. 74 (Dönhofsplatz)

Alte Gebisse
auch zerbrochene, bis 3000 Mark.
Einzelne Platinzahn von 21,25 - 200 Mark,
jedoch nicht unter 21,25 M. pro Zahn.

Platin-Brennstifte, Kontakte usw.
bis 230 Mark pro Gramm

**Gold, Silber, Geräte, Schmuck-
sachen und Juwelen** kauft zu
den höchsten Tagespreisen

täglich von 9 bis 8 Uhr abends

J. Herz, Fehrbelliner Straße 52,
Vorderhaus links parterre.

Sonabend nur von 6 bis 8 Uhr abends.

Natura-Institut.
Blücherplatz 3 (direkt am Halleschen Tor).
Besuchsstunden von 10-1. 4-5 Uhr u. Sonntags 11-1 Uhr
Blut-, Genu-, Spinn-Untersuchungen usw.
Schriftliche Auskunft kostenlos.

Metalleinkaufsstelle
Stallschreiberstraße 50-51

Quecksilber . 150,- M.
Kupfer 26,- "
Messing 14,- b. 15,- "
Blei . . . 10,- b. 11,- "
Zink . . . 8,- b. 9,- "

Ein Griff, und er sitzt,



der Ruhe-Fingerkneifer „Semperfix“, fest und richtig, ohne zu drücken oder zu rutschen. Ehe Sie Ihren alten Kneifer umständlich mit beiden Händen zum einigermassen festen Sitz gebracht haben, können Sie bei Benutzung des Ruhe-Fingerkneifers schon längst das Neueste gesehen haben. Ist es oft nicht zum Verzweifeln, wenn Ihr Kneifer trotz aller Mühe dennoch immer wieder zu rutschen beginnt oder bei der geringsten Bewegung abfällt, mindestens aber hin und her wackelt. Selten

nur wird sich alte Form genau vor der Augenmitte sitzen, dadurch aber wirkt sie störend und beeinträchtigt Ihr Sehen, so daß selbst die besten und passendsten Gläser wie schlecht und unrichtig wirken. Wie angenehm ist es für Sie, wenn Sie den modernen randlosen Ruhe-Fingerkneifer „Semperfix“ bequem mit einer Hand richtig aufsetzen, wie kleidsam, wie unauffällig und dabei wie wohltuend für Ihre Augen ist das. Semperfix ist ein guter Diener Ihrer Augen, und wir garantieren Ihnen Zufriedenheit mit ihm.



Alles Gold wird zum Tagespreis angekauft und in Zahlung genommen

Optiker Rubnke

Verlangen Sie nach unerbittlich solches unsere Optiker zum Selbstbestimmen passender Gläser nicht verabschießen.

- | | | | | | | |
|--|---|---|--|---|---|---|
| S Schöneberg
Bismarck-Str. 21, Ecke Kottbuser-Str. | SO Oranien-Str. 44
zwischen Haupt- und Oranienplatz | C Spittelmarkt
Glebe Markt | W Friedrich-Str. 193a
Glebe Döbbergraben | ANW Friedrich-Str. 150
Glebe Döbbergraben | N Friedrich-Str. 109
Glebe Döbbergraben | Charlottenburg:
Lützen-Str. 15
Glebe Döbbergraben |
| Friedenau:
Bismarck-Str. 16, Ecke Kottbuser-Str. | S Kottbuser Damm 10
nahe Jandorf | A Alexander-Platz
nahe Kottbuser-Str. | Leipziger Str. 113
Glebe Döbbergraben | N Chaussee-Str. 72
nahe Döbbergraben | Invaliden-Str. 184
Glebe Döbbergraben | Wilmersdorf:
Berliner Str. 132-33
nahe Wilmersdorf |
| Neukölln:
Bergstr. 4, Ecke Kottbuser-Str. | O Frankfurter Allee 14
nahe Jandorf | SW Belle Alliance-Str. 4
nahe Jandorf | Ein-Str. 1
Glebe Döbbergraben | Schönhauser Allee 51
am Hpt. Kottbuser-Str. | Invaliden-Str. 117
am Kottbuser Hpt. | |
| Spandau:
Berliner Str. 18, Ecke Haupt-Str. | | | | | | |

Protestversammlung
der Diktare und Anwärter für den unteren u. mittleren Dienst sämtl. Reichs- u. Staatsbehörden (Groß-Berlin) Sonntag, 7. März, 10 Uhr vormittags, Lehrervereinshaus (Alexander-Platz). Stellungnahme zur Beförderungsreform. Redigiert, erscheint baldmöglichst!

Vertrauensleute der Buchbinder in den Buchdruckereien!
Sente Freitag, den 5. März, nachm. 4 Uhr, im „Alexandriener“, Alexandrienerstr. 37a: Vertrauensmänneritzung.

Wie stellen wir uns zu der bis jetzt noch nicht geleisteten Anerkennung des Reichstarif von den Buchdruckereibesitzern?
In dieser Angelegenheit müssen alle Vertrauensleute anwesend sein!
Die Bräutigamsleitung: J. A. Gaertner

Abstimmungsbedürftige Westpreußen!
Am Freitag, den 5. März 1920, um 8 Uhr findet eine Versammlung aller abstimmungsbedürftigen Westpreußen aus dem Herzogtum, 55 Kreisen, Orten und Städten im Hofsaal „Ordnung“, Alexander-Platz, h. in der die Beschlüsse der Versammlung beschlossen werden sollen. Nach dem Entschluß mehrerer Redner wird ein Abstimmungsprogramm beschlossen. Alle Versammlungsteilnehmer werden gebeten, bestimmte Sachverhalte mitzubringen.
Verein heimattreuer Westpreußen Groß-Berlin e. V.
Der Vorstand: Schuchow, Vorsitzender.

Gardinen
Auslandsware, zu mäßigen Preisen noch vorrätig. Abgepaßte Schalgardinen, Fenster 48 M. Moderne Künstlergardinen (dreifach) vornehmste Ausführung v. 100-175 M. u. darüber. In eleganten Stores und Tülldecken stets Gelegenheitskäufe. (Für Wiederverkauf: Sonderabteilung.)
Gardinenhaus Herzog, Dresdener Str. 124
am Kottbuser Tor.

Kautabak
in Qualität, der Kottbuser Ware ebenbürtig.
Tägliche Leistung: 50 000 Rollen.
Rauchtabak
rein Lieferes und getrocknet, 700 Zentner groß
bei Wagnersmeister Weg 28, 29.
Kleinerer Mengen entsprechend höher gegen Abrechnung bei Kottbuser.

Tabakfabrik
Ehlenbeck & Becker,
Köln, Lindenstr. 14.
Telefon: B 5008, A 4750.
Telegraphenadresse: Ehlenbeck, Köln.

Jahresberichte:
Berlin W., Spichernstr. 22, Halleische Allee-berger Platz (Ausgang Spichernstr.) bei Hauptbahnhof. - Telefon: P 33, 3004.
Entlagen und Aufträge aus Berlin werden ausschließlich von der Berliner Fabriküberlage erledigt.

Was jeder Hand orientalische in- und ausländische
Zigaretten
P. Sandeole mit und ohne Gold,
von 205 M. per Kiste aufwärts
laufende Lieferungen.
Verbestellungen gegen Nachnahme nicht unter 2 Kisten.
John Andronicos,
Köln a. Rh., Trajanstraße 4.
Telegraphenadresse: Andro Köln.

Rohprodukten en gros
Händlern und bei größeren Posten zahlen wir für alle Sorten Metalle, Flaschen usw. über Tagespreise.
Alt-Produkten en gros
Neukölln, Bergstr. 132.

Bekanntmachung.
An die Jünger Berlins!
Infolge der überaus schlechten Lage der Jüngererziehung kann jetzt noch keine Gewähr dafür übernommen werden, daß das Reich auch in diesem Jahre wieder Jünger zur Fütterung der überwinternden Winterkinder zur Verfügung stellt. Es sind aber alle Schritte getan, um es trotz der jetzigen Kollage zu ermöglichen, daß den Jüngern wieder Jünger, wenn auch nicht im bisherigen Umfange, zur Verfügung gestellt wird. Die Erwägungen über die etwa zu verteilende Menge werden erst in den nächsten Tagen zum Abschluß gelangen. Doch dürfen die Hoffnungen nicht zu hoch getrieben werden. Es wird keinesfalls viel Jünger geben, daher wird aber von der Berücksichtigung zur Abgabe von dem Reich abgesehen werden.
Die Ausgabe des Frühjahrsheftes auf Grund der vorliegenden Verhältnisse hat in großen Abständen geführt. Neue Verzeichnisse müssen zugrunde gelegt und deshalb mit großer Beschleunigung ausgearbeitet werden, damit im nächsten Jahr mit der Verteilung des Jüngerheftes begonnen werden kann. Zu diesem Zwecke hat die Jünger-Verwaltung in Berlin, die am 1. März 1920 bei der Jüngererziehungsstelle, Reichstr. Berlin, Zimmer 8, offen liegt, einzutreten. Die Eintragungen werden zum Zwecke der Auslieferung der entsprechenden Verzeichnisse nachgeprüft werden. **Verpflichtete Anmeldeungen können keinesfalls berücksichtigt werden.** Eine Fristverlängerung kann nicht eintreten.
Die Verteilung des Jüngerheftes erfolgt durch den ehrenamtlichen Provinzialverband bzw. durch die örtlichen Jüngervereine, auch für die Jünger, die nicht Mitglieder dieser Organisationen sind. Die auf das Volk entfallende Jüngererziehung wird noch besonders bekanntgegeben werden.
Berlin, den 4. März 1920.
Magistrat.
Jüngererziehungsstelle.
Dr. Reimann.

1000 M. Belohnung
süden für Wiederherstellung von drei Schreibmaschinen (Jedel A, Jedel B, 18903 und Jedel 40073) mittels Gendarmen am Montag, den 22. Februar, gestohlen.
Genossenschaft Deutscher Bahnen-Angehörigen, Charlottenstr. 55.

M. Pech & Co. S. m. b. H.
BERLIN - W. 33
Für die Regenzeit!
Gummi-Mäntel
Große Auswahl in 21 eigenen Geschäften in Groß-Berlin.

Sie haben einen Vogel
abgeschossen, wenn Sie Ihre
Metallabfälle und Alteisen
nur an mich verkaufen. Zahle stets höchste Tagespreise.
Eisen- und Metallgroßhandlung Willy Seydlitz.
Hauptgeschäft:
Neukölln, Libardastraße 4. Tel.: 9405.
Nur für engros.
Detailankaufstellen: Hermannpl. & Böhmische Str. 16 (nahe Richardpl.) Berlin, Schönhauser Allee 151. - Päcklerstraße 33.
Größere Posten werden abgeholt.
Post- und Bahnsendungen werden prompt erledigt.
Mitglied des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlins.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
1 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee, empfiehlt gute preiswerte Möbel, Einrichtung in jeder Preislage. Ganz besonders große Auswahl in Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume, Lagerräume, 6000 qm fl. gr. Versand nach allen Plätzen Deutschlands. Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang.
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.
Wochentags von 9-7 Uhr geöffnet.

Nur kein Neid!
Kupfer bis 26 M., Messing 15,25 M.
Blei bis 11 M., Reinzinn 80 M.
Alte Zinngeschirre, Bierschlangen usw.
Quecksilber, höchst allerhöchste Tagespreise
nur Metallschmelze, Prinzessinnenstraße 17,
neben Wertheim (Moritzplatz).

Achtung!
Zahle für das Kilogramm
Kupfer . . . 22-25,-
Messing . . . 14-15,-
Blei 8-10,-
Zinn bis 70,-
Metallschmelze
Schmidstr. 102
Bitte auf die Nr. zu achten!

Möbel
gegen bar und an Teilzahlung schon seit 30 Jahren.
Barthel
Rondorfer Straße 54.

Mein Haarwuchs hat vollkommen aufgehört!
Seit Jahren ging es mit dem Haarwuchs aus, und das merke ich nur noch ganz langsam. Da höre ich von Ihrem Haar-Krautwurzler u. nach hängen. Ich habe es probiert und bin sehr zufrieden. Es greift an das Haarwurzelsystem an. Berlin, Köpenicker Str. 112 (nahe Hauptbahnhof).
Hauptgeschäft:
Neukölln, Libardastraße 4. Tel.: 9405.
Nur für engros.

J. J. Rauch
Friedrichstr. 11, Brunnenstr. 174 (neb. Gold. Basse), Gr. Frankfurter Str. 112 (neb. Jandorf), Invalidenstr. 164 - Hauptkontor: N 4, Bergstr. 34 (am Steintor Bahnhof).
Elder deutscher Weinbrand.

Derby-Cognac
Kurfürstlicher Magenlikör
Kräftiger Dänen-Hobro
Echter Jamaika-Rum.
Alte Gebisse,
fein Zahn unter 21 M. (Platin, Silber, Messing) 8 bis 10 M. täglich von 9-6 Uhr
Göding, Weberstr. 36 vorn II, Ecke Sandberger Straße.

Gold-Bruch Silber-Bruch Kupfer Messing Blei Zink Zinn
kauft zu höchsten Tagespreisen
Silber-Zentrale Gotzkowskystr. 13
Geöffnet von 9-6 Uhr.

Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)
Aktien-Gesellschaft
stellt Botenfrauen ein in den Geschäftsteilen:
Lindenstr. 3, 2 H. pt., Prinzenstr. 31, Baerwaldstr. 42 u. Lichtenberg, Wartenbergstr. 1, Lausitzer Platz 14/15, Steglitzer Str. 37, Petersburger Platz 4, Ackersstr. 174, Waisenstr. 9, Markussstr. 38, Immanuelkirchstr. 24, Wilhelmshavener Str. 38, Charlottenburg, Seidenhauer Str. 1, Kaiserdamm 101, Lichtenberg, Boshagener Str. 62 - Neukölln, Neckerstr. 2, Steglitzer Str. 229 - Wilmersdorf, Gasteiner Str. 12 - Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 56.

Ankauf
von allen edlen und unedlen Metallen
Gegr. **Metallkontor** Gegr. 1903
W. John
Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 138 (Halleisches Tor).
Telephon: Moritzplatz 12 858.
Geöffnet werktäglich 9-4 Uhr.
Postwertsendungen werden gewissenhaft und prompt erledigt.
Näheres im Sonntagsinserat.

Stellenangebote
Für den Kreisverband Garmersbach-Waldbröl wird zum 1. April ein
ParteiSekretär
erlaubt. Derzeitige mit organisatorische und organisatorische Befähigung haben und auch mit der Handhabung vertraut sein. Bewerbungen sind bis längstens 15. März an den Parteisekretär Karl Jögel, Köln, Severinstr. 100, zu richten.

Chemischer Meister
mit gediegenen Fachkenntnissen im chemischen Betriebe zum möglichst sofortigen Eintritt von Aktiengesellschaft gesucht. Ausführliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf erbeten unter M 49 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“.
Tüchtige
Asphaltfolierer und Kleber
für Holzregentonne- und Brückenbauten in Neuböden sofort gesucht. Bewerbungen im Rathaus, Zimmer 327, Magistrat Neukölln, Verkehrsbauamt.

50 Klempnerlehrlinge
verlangt die Remmer-Jahnnung zu Berlin. Bewerbungen beim Obermeister Rudolf Wälfers, 20, Hof 1 Tr. 4-5 Uhr. Die Lehrlinge kommen zu gewöhnlichen, gewissenhaften Lehrlingen und erhalten außerdem eine gezielte Ausbildung in und vorzüglichem Fachwissen und Beherrschung. Die Remmer-Jahnnung besteht seit 1617. Sie erzieht einen tüchtigen Rohwachs.
LOEWE
Universalräser gesucht!
Ludwig Loewe & Co., A.-G., Berlin NW. 87, Huttenstr. 17/19.

Widler
für die Unter- und Schaufelwerkzeuge, sowie Robett- u. Weidwerkzeuge.
Zischler
werden sofort eingestellt.
Halt.-Schwanzkopf-Werke
G. m. b. H.
Werk Wildau, Kr. Teltow.

Baufeldler
der auch einfache Möbel anfertigen kann, für sofort gesucht.
Hans Boas,
Elektrotechnische Fabrik,
Raustr. 52. (51/16)

Heimarbeiterinnen
auf leichte Futterarbeiten perlangt.
M. Hammer & Co.,
Stralauer Str. 13, II.

Die Verfolgung der Kriegsverbrechen.

Die Nationalversammlung hat am Donnerstag die 2. Lesung des Ergänzungsgesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vorgenommen.

Hg. Dr. Rühl (D. Sp.) als Berichterstatter: Es handelt sich um ein rein politisches Gesetz, das auf Druck der Entente gefaßt wurde. Als Jurist und Patriot stehe ich deshalb innerlich dem Gesetzentwurf ablehnend gegenüber. Die überwiegende Mehrheit des Verfassungsausschusses hat jedoch die Vorlage angenommen. Rein eingetragte wurde die Bestimmung, daß Kosten und Auslagen des Verfahrens nach besonderen Billigkeitsgründen ganz oder teilweise der Reichskasse auferlegt werden können. Ueber einstimmig herrschte im Ausschuss, daß in Leipzig nur das deutsche Recht und die allgemeinen Regeln des Völkerrechts gelten können. Eine Rechtsänderung liegt demnach nicht vor, wenn jemand lediglich einen Befehl ausgeführt hat. Ein Trost ist es wenigstens, daß die Angelegenheit in die Hand des deutschen Reichsgerichts, das im In- und Ausland großes Vertrauen genießt, gelegt wird. (Beifall.)

Reichsjurist-gammler Schiffer: Der Gesetzentwurf ist ein Schritt auf dem Leidenswege, den wir zu gehen haben; er ist aber notwendig, um Schlimmeres zu verhüten und bewegt sich in den Grenzen des Erträglichen. Das Auslieferungsverlangen der Entente hatte diese Grenzen überschritten und mußte deshalb am Widerspruch des deutschen Volkes scheitern. Wäre ein Ausgleich nicht möglich gewesen, so war der Konflikt mit all seinen unheilvollen Folgen. Ehe dieses letzte eintrat, mußte die Regierung prüfen, ob nicht ein Ausweg vorhanden sei. Auf dem Boden der Auslieferung war er unmöglich. Er fand sich aber in dem Gesetz vom 18. Dezember 1919, das einen Ausgleich (Schuß) zwischen dem geschriebenen Recht des Ententesvertrages und dem ungeschriebenen Recht der Menschheit. Nach diesem ersten Schritt erzieht sich jetzt der zweite als notwendig. Er wird uns dadurch erleichtert, daß die von der Entente angeforderten Aufstellungen auf deutschem Boden nach deutschem Recht von deutschen Richtern in vollster Freiheit abgeurteilt werden. Es soll kein Unschuldiger bestraft werden, aber auch kein Schuldiger der Strafe entgehen.

Hg. Traub (Dnt. Sp.): Aber die Entente hält sich die Entscheidung vor) Gewalt) die Entente tut das, aber es ist ein Rechtsvorbehalt, kein Rechtsvorbehalt. Gegen die Macht helfen seine Gesetze. Wir aber hoffen, daß die Grundlage des Rechts durch die Autorität unseres Reichsgerichts eine wertvolle Kräftigung und Festigung erfahren wird. (Lebhafte Beifall.)

Hg. Dr. Luard (Soz.): Meine Partei wünscht die lokale Durchführung der Verpflichtungen, die die Regierung in dieser Frage der Entente gegenüber übernommen hat. Gerade in dieser Zeit des allgemeinen Mißtrauens ist dies besonders wichtig. Den Antrag der rechten Seite, einzuschließen, daß neue Tatsachen vorliegen müssen, um frühere Verfahren wieder aufzunehmen, lehnen wir ab, da er eine weitgehende Einschränkung unserer Verpflichtungen darstellt. Der unabhängige Antrag auf volle Öffentlichkeit des Verfahrens ist überflüssig, denn einmal wird öffentlich diskutiert werden, wo es irgend geht, und außerdem werden alle Urteile mit Begründung bekanntgegeben. Wir nennen das Augenmaß der Entente einen Erfolg unserer Politik, den wir im Interesse des allgemeinen Friedens warm begrüßen. Das Mißtrauen der Rechten gegen den Erfolg dieser Politik, das nur möglich war als

Erfolg der demokratischen Republik, ist nur ein Beweis, daß sie stets den neuen Geist und die neuen Einrichtungen adaptiert. Das deutsche Volk aber wird an dieser Staatsform unerschütterlich festhalten, weil sie allein einen Ausweg aus dem Elend zeigt. Wir hoffen, daß durch dieses Gesetz ein günstiger Fortschritt erzielt wird auf dem Wege des neuen Friedens nach Frieden und Ruhe. Wir Sozialdemokraten lehnen uns, die Forderung auf Verfolgung und Bekämpfung der Kriegsverbrecher immer erhoben zu haben, während die Rechte heute noch nicht ungeschädelt sich zu eigen macht. Möge die gleiche Einmütigkeit, die gegen die Auslieferung im deutschen Volk herrschte, auch hinter dem neuen Gesetz stehen, dann wird es vielleicht einst noch der Fall sein, daß auch die gegnerischen Kriegsverbrecher, die wir jetzt aus den Gefängnissen unserer Kriegsgefangenen kennen lernen, in gleicher Weise bestraft werden wie die deutschen. (Lebhafte Beifall links und in der Mitte.)

Hg. Purlage (Jontz.): Es handelt sich hier um eine tiefstaurige Sache. Wir fügen uns diesem Gesetz; denn es ist eine Folge des verlorenen Krieges.

Hg. Rühl (Dnt.): Wir stimmen der Vorlage zu, in der wir einen großen Erfolg der Regierung sehen. (Sehr richtig! links.)

Wir haben Vertrauen zum Reichsgericht, das kein Unrecht ungefüßt lassen und strafen wird, wo Strafe berechtigt ist. Und doch lassen wir uns

nicht in die Rolle des Angeklagten drängen, sondern hagen selbst an, wo auf der Gegenseite Verbrechen geschehen sind. Denn wenn wir auch selbst nicht frei von Schuld sind, die andere Seite ist es auch nicht. (Beifall.)

Hg. Seeger (L. Soz.): Der Gesetzentwurf müßte noch weitergehen und nicht nur die Personen erfassen, die von der Entente zur Auslieferung verlangt werden, sondern alle, die im Kriege Verbrechen begangen haben. Wir erheben diese Forderung, die wir immer vertreten haben, nicht infolge der Gewalt der Entente, sondern um dem beleidigten Rechtsgefühl Genüge zu tun. Die Regierung hätte der Ententebeforderung unbedingt zuvorkommen müssen, indem sie schon vorher das Verfahren gegen Kriegsverbrecher durchgeführt hätte. Unrichtig ist es auch, von der Rechten zu behaupten, daß das Auslieferungsverlangen der Entente kein Beispiel in der Geschichte habe. Ein viel Größeres als alle, die heute auf der Erde stehen, mußte einst ausgeführt werden. Solange gegen die eigenen Volksgenossen mit der Todesstrafe vorgegangen wird, können wir die moralische Enttäuschung im Haus nicht teilen. (Beifall bei den L. Soz.)

Hg. Dr. Rühl (D. Sp.) bekräftigt, daß die Rechte die jetzige Staatsform herabsetze.

Nachdem **Hg. Wormuth (Dnt. Sp.)** sich noch für die Zulässigkeit von Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet hat, werden die Änderungsanträge abgelehnt.

Die Vorlage wird darauf in zweiter Lesung unverändert angenommen.

Es folgt die jüngst wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses ausgesetzte Abstimmung über § 12 des Reichseinkommengesetzes. Danach gelten als steuerbares Einkommen bei Veräußerung von Grundstücken nur die Gewinne von solchen Grundstücken, die in den letzten zehn Jahren erworben worden sind. Der Antrag der Rechten, diese Frist auf fünf Jahre herabzusetzen, wird jetzt abgelehnt.

Landessteuergesetz.

Es folgt die zweite Lesung des Landessteuergesetzes. Die Länder erheben Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb. Neu hat der Ausschuss bestimmt, daß Klein- und Kleingewerbetreibende, die bisher Steuern erheben durften, berechtigt sind, Zuschläge zu den Kreissteuern zu machen. Die Länder und Gemeinden werden an dem Ertrage der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit zwei Dritteln des Aufkommens beteiligt.

Hg. Simon-Schoben (Soz.): Wir erklären uns mit der Fassung der Vorlage einverstanden, wir sind und bewußt, daß dieses Gesetz eines der wichtigsten Steuergesetze darstellt, die die Nationalversammlung zu verabschieden hat. Es bringt eine Steuerabgrenzung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, und man kann sagen, im Grunde die Befreiung der Steuerhoheit der Länder und Gemeinden. Ob man auch Kritik übt — es konnte kein anderer Weg gewählt werden, um das Reich zu finanzieren. Die Länder erhalten das Recht, Ertragssteuern zu erheben, die allerdings bemessenlicher gemacht werden können. Sonst erhalten die Einkommensteuern die Gemeinden nur mehr Anteile aus den Reichsteuern, wobei wir Sozialdemokraten auf dem Reichsfinanzminister hinwirken müssen, daß besonders

die Gemeinden nicht zu kurz kommen. Denn ihnen obliegen mehr denn je unendlich wichtige Kulturaufgaben. Auch die Länder sollen, solange sie noch bestehen, in die Lage versetzt werden, ihre wichtigsten Aufgaben zu erfüllen. Sparsamkeit allerdings muß endlich eine Tugend werden, die auch geübt wird. Wir sind uns darüber klar, daß infolge der unsehreren Finanznot eine Fülle von wichtigen Maßnahmen durchgeführt werden müssen, die ohne den Krieg hätten durchgeführt werden können. Davon tragen aber nicht wir Schuld, sondern die, die unser Volk bis zum Weißbluten Krieg führen ließen und das Reich bis an den Rand des Abgrunds geführt haben. (Sehr richtig! links.) Wichtig ist, daß angesichts der heutigen unübersehbaren Steigerung aller Ausgaben die vorgenommene Verteilung ein Experiment ist, denn die Berechnungen sind eben wie alle Berechnungen, nur relativ. Das Landessteuergesetz ist ein neuer Weg in unserer Gesetzgebung; wir hoffen, Preussland, den Ländern und den Gemeinden zum Nutzen. (Lebhafte Beifall links.)

Hg. Goffe (Dem.) stimmt der Vorlage trotz der Bedenken wegen des Verlustes der finanziellen Selbständigkeit der Länder zu.

Hg. Düvel (L. Soz.) sieht in dem Gesetz eine Befreiung des Selbstverwaltungsbereiches der Gemeinden. Das Haus verlegt sich.

Freitag, 1 Uhr: Anfragen, dritte Lesung des Kriegsverbrechergesetzes, Landessteuergesetz. — Schluß 3 Uhr.

Der Antrag Wehl bleibt in der Minderheit; die Resolution: Franz gelangt zur Annahme. Die Vorlage wegen

Erhöhung der Kanalisationsgebühr von 2 1/2 auf 6 Proz. des Grundstücksnutzungswertes geht an einen Ausschuss.

Die Vorlage wegen Errichtung von 3 neuen Mittelschulen für Mädchen führt noch in vorgeschriebener Stunde zu einer ausgedehnten Erörterung, in deren Verlauf dem Stadtschulrat Reimann von Dr. Lammerich (Z.) vorgeworfen wird, daß er die Realpolitiken systematisch zurückgehe, daß direkt von einem System Reimann gesprochen werde. — Reimann verlangt Beweise; Stadtschulrat Fischer weist ebenfalls die Unterstellung zurück, daß die Konfession bei der Anstellung irgendeine Mißsprache. Dr. Lammerich wird kein Material der Schuldeputation unterbreiten. — Die Vorlage wird angenommen. Schluß 9 1/2 Uhr.

Wirtschaft.

Kapitalbildung und Kapitalbeschaffung.

Eine Denkschrift vom Unterstaatssekretär Prof. Dr. Julius Hirsch.

In der Wochenchrift „Die Neue Zeit“ (Verlag J. G. W. Dietz, Stuttgart, Preis 20 Pf.) Nr. 28, wird eine Denkschrift des Unterstaatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium Prof. Dr. Hirsch veröffentlicht, die Gegenstand lebhafter Diskussionen werden dürfte. Das Wirtschaftsministerium sieht im heftigen Kampf mit den Gewerbetreibenden wegen der Kapitalaufbringung für die Ertrag- und Neubauten zur Steigerung der Kohlenförderung. Unsere Leser sind hierüber eingehend unterrichtet worden. Zu dieser Frage nimmt in dieser Denkschrift der Unterstaatssekretär vom Standpunkt des Volkswirts aus Stellung. Er geht davon aus, daß zwischen der außerordentlich starken Kapitalbildung auf der einen Seite und dem großen Kapitalbedarf auf der anderen Seite eine gewaltige Lücke klafft. Die großen Gewinne, die sich sammeln, befinden sich nicht in dem notwendigen Grade in den Händen, die die Produktion leiten, sondern in Zwischenhänden, zum Teil in der Produktion (d. h. bei den Kohlen, Erze, landwirtschaftliche Produkte erzeugenden Betrieben), während die bearbeitende Industrie Kapitalmangel hat.

Es besteht eine Scheu des Kapitals vor Neuanlage, es vertrieht sich vor der Steuerlast, es dient der gefährlichsten Hamstererei. Die Vergewaltigung wollen in verkehrter Form die ganze Ausweitung ihrer Vergewaltigung in einem Jahr auf die Verbraucher abwälzen. Aber selbst eine Kontrolle, daß diese Kapitalanlagen wirklich gemacht werden, haben die Gewerbetreibenden abgelehnt.

Andererseits wird jede Verringerung in unserem Wirtschaftsleben, jede fortschreitende Ordnung im Innern die Gefahr der Ueberfremdung vergrößern, weil die Ausländer ihre hier angelegten Kapitalien für nicht mehr gefährdet erachten werden.

Zur Hebung der Kapitalnot schlägt Hirsch nun vor, anscheinend stehend auf bereits reife Verhandlungen, die in der Schweiz befindlichen Markguthaben in Form einer unklübbaren, hochverzinslichen Anleihe (von 6 bis 7 Prozent) der deutschen Industrie wieder zuzuführen und ähnlich mit den anderen neutralen Ländern zu vereinbaren.

Der zweite Weg betrifft die zwangswise Ueberführung des privaten Kapitals zur volkswirtschaftlich produktiven Verwendung. Er verweist auf die bereits bestehenden Rücklagenfonds z. B. in der Stickstoffindustrie, ferner auf das Bergmann-Gesellschaftsprogramm, nachdem aus der Spanne zwischen Inland- und Weltmarktpreis Beträge für volkswirtschaftlich produktive Zwecke, für Bergmannswohnungen, fortgedrückt werden. Ferner auf den Antrag, einen 20prozentigen Mietpreis-ausschlag für den Wohnungsbau zu verwenden. Außerdem kämen die Außenhandels- und Salubergewinne in Frage, die mit steigendem Export ganz gewaltige Beträge ergeben werden, mit denen in allergrößtem Ausmaß volkswirtschaftlich produktive Arbeiten werden aufgenommen werden können. Zum Schluß sagt Hirsch zusammenfassend:

Also diese Aufgaben können nur ungehindert durchgeführt werden, wenn Staatsbesitz in eigentlicher Sinne vermieden wird. Deshalb können sie weder unmittelbar den Reichsfinanzbehörden überlassen, noch der Reichsbank übertragen werden. Vielmehr wird die Handhabung so sein müssen, daß zunächst einmal Industrie und vielleicht die Banken unter einer gewissen, aber nicht übermäßigen Beteiligung der Regierung eine solche Treuhandsbank eröffnen und daß sich an ihr auch die Organisationen der Arbeiterklasse in irgendeiner Form beteiligen. Damit würde dem Ausland gegenüber über die notwendig. Gewähr für Sicherheit gegeben sein (die Beteiligung der Arbeiter insbesondere wegen politischer Sicherheit), und es wäre damit die Möglichkeit geschaffen, diesem Organ als einer Zentrale der gemeinwirtschaftlichen Institutionen die gesamte Finanzierungsaufgabe zu übertragen. Ein solches Organ würde dann, insofern es seinen Sitz an Unternehmungen oder Anteilen erweitert, vielleicht auch Möglichkeiten geben, gegenüber Ueberfremdung der Unternehmungen zu wirken. Es wird weiter zu erwägen sein, ob dem Anteil eines solchen Organs an Handelsgesellschaften in irgendeiner Form für den Fall der Ueberfremdung ein qualifiziertes Stimmrecht zu geben sein würde. Es wird endlich möglich sein, durch freihändigen Kautschuk in einer solchen Unternehmung auch bei bisher rein privaten Geschäftszweigen den Einfluß der Gemeinwirtschaft zu stärken. Ein Veitrat, zweckmäßigerweise wohl zu bilden aus den Wirtschaftsorganisationen, welchen das Benennungsrecht zum vorbereitenden Reichswirtschaftsrat verliehen worden ist, würde der deutschen Treuhandsbank zur Seite zu stellen sein.

Die in dieser Denkschrift gegebenen Anregungen von so außerordentlich weittragender Bedeutung werden kritisch scharf unterleuchtet werden müssen. Die Industrie-, Handels- und Bankwelt im In- und Ausland wird sich mit ihnen ebenso auseinandersetzen, wie die sozialistischen Parteien.

Wir erkennen gegenwärtig ein außerordentliches Erstarken des Kapitalismus. Mit einer durchaus herausfordernden Energie verbittet er sich überall einen mitbestimmenden Einfluß der Vertreter der Gesamtinteressen des Volkes bei den wichtigsten wirtschaftlichen Fragen. Da besteht die sehr große Gefahr, daß Unternehmungen eingeleitet werden, die viel mehr den rein kapitalistischen Interessen dienen als denen des Volkes.

Nur keine behördliche Kontrolle!

Es sind seitens der Köhren-Großhändler-Vereinigungen im Gange, um einen ganz Deutschland umfassenden Verband zu gründen, mit dem besonderen Zweck, gegen etwaige behördliche Eingriffe in die Preispolitik Front zu machen. Es wird schon in der nächsten Zeit an jeden Köhren-Großhändler die Anforderung zum Beitritt ergehen. Als Tage davor, neue Privatschlüsse, die souverän die Preise und sich selbst die Preise bestimmen. Die freie Konkurrenz verdrängt völlig und an Stelle einer gemeinwirtschaftlich geregelten Wirtschaft entsteht eine Diktatur von Ringen, von Monopolen, die den Produzenten und Händlern eine nie dagewesene Machtstellung verschaffen.

350 Proz. Einkommensteuerzuschlag für Berlin.

Die gestrige Stadterordnetenversammlung beschäftigte sich mit dem zweiten Nachtrag zum Stadthaushaltsplan für 1919,

den der eingeleitete Ausschuss abgelehnt hat. Die Deckung für die im letzten Halbjahr beschlossenen neuen Ausgaben sollte nach dem Magistratsvoranschlag durch Erhöhung des Einkommensteuerzuschlages um 50 Proz. gewonnen werden.

An diesen Ausschussantrag knüpfte sich heute eine heftige Zweistündige, sehr lebhaft erörterte, in welcher die L. Soz. und die Demokraten für die Ablehnung, die Dg. Vgg., die Soz. und das Zentrum für die Annahme des Nachtragsstimmens plädieren. **Darm (L. Soz.):** Wir können keine neue Steuer bewilligen, die auch die kleinen Einkommen trifft.

Kammerer (Dg.): Nachdem die Versammlung einmütig Zustimmung verlangt und der Magistrat mit denkbar größter Beschleunigung seine Vorschläge gemacht hat, lehnt der Ausschuss kurzerhand die Vorlage ab, ohne auch nur den Versuch einer anderweitigen Deckungsvorschläge zu machen! Mit dieser Lage kann sich die Verwirklichung unmöglich abfinden. Aus den Gehältern, aus den Werken und aus den übrigen Steuern kann die Deckung nicht gewonnen werden; es ist keine andere Deckung möglich als durch die Einkommensteuer. Charlottenburg und Wilmersdorf haben keineswegs die Erhöhung auf 350 Proz. abgelehnt; sie bilden vielmehr auf Berlin und die Entscheidung, die es treffen wird. Gehen wir mit gutem Beispiel voran! — **Löser (Dem.)** macht eine Rechnung auf, wonach die Einnahmen von 1919 sich aller Wahrscheinlichkeit nach schließlich so gestalten werden, daß eine Erhöhung nicht einzutreten brauche. — **Der Kammerer** erklärt diese Auffassung für irrtümlich. — **Koch (Dg. Vgg.),** der in der ersten Beratung an dem Magistratsvoranschlag die schärfste Kritik geübt hat, ist in der Ausschussberatung überzeugt worden, daß der Magistrat den einzigen Ausweg zeigt, der unabhängig zu machen ist, um das Defizit auf der Welt zu schaffen. — **Brung (Soz.):** Auch wir stimmen für die Vorlage; wir dürfen damit dem Bevölkerung, auch den Arbeiterkreisen,

eine schwere Last

auf, aber wir sehen keinen anderen Ausweg, nachdem auch Kollege Löser keine Vorschläge hat machen können, die die Deckung eines namhaften Teils des Defizits verbürgen, und die L. Soz. hat ebenfalls in diesem Punkt ausgefallen haben. Man hat uns im Ausschuss auf die Hilfe von Staat und Reich verwiesen; aber die müssen doch ihre Einnahmen auch durch Steuern

erzwingen, hier sei dies also den L. Soz. anlogisch. Auch auf die neue Reichseinkommensteuer können wir nicht warten. An der Bewilligung der Ausgaben sind alle Parteien gleich beteiligt und gleich mitschuldig.

Riedel (Z.) spricht auch für die Annahme des Magistratsvoranschlags. — **Cassel (Dem.)** rekapituliert nochmals in erregtem Tone die Argumente, welche seine Partei zur entscheidenden Ablehnung der Vorlage führen; sie mache bei der Ausgabepolitik des Magistrats nicht mit, sie habe zu ihr kein Vertrauen.

Oberbürgermeister Wormuth: Auch der **Hg. Cassel** hat Deckungsvorschläge verlangt. Ich stelle namens des Magistrats ausdrücklich fest, daß dieser bis zum heutigen Tage bestrahlt gewesen ist, die Einnahmen mit den Ausgaben gleichen Schritt halten zu lassen. Erst wenn Sie die heutige Vorlage ablehnen, beginnt

eine bedenkliche Finanzgebarung.

Für diese Lage ist die Verantwortung genau so verantwortlich wie der Magistrat.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird der Nachtragsetat mit 54 gegen 39 Stimmen der L. Soz. und Demokraten angenommen.

Von den L. Soz. ist am 17. Februar beantragt, den Magistrat zu ermahnen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den legitimen Straßenhandel gegen Uebergriffe des Postals zu schützen.

Nach Begründung des Antrags durch Zimmermann (L. Soz.) bemerkt Stadtrat Löhring, daß die Straßenpolizei Sache des Postinspektors ist, die den legitimen Handel zu schützen und den illegitimen zu bekämpfen habe. — **Franz (Soz.)** tritt dafür ein, daß die berechtigten Interessen des ehrlichen, realen Straßenhandels zu wahren sind. Dem

Anweisen des Schleich-, Wucher- und Salubandels

müsse entgegengetreten und auf die Polizei in diesem Sinne eingewirkt werden. Der Ratener beantragt daher, folgende Fassung anzunehmen: „den Magistrat zu ermahnen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um unter vollkommener Schonung des legitimen Straßenhandels den illegitimen Straßenhandel, auch den Schleichhandel, zu unterdrücken.“

In der weiteren Besprechung wird auch der Geldgeschäfte in der Weinmeisterstraße Erwähnung getan, die von aus dem Osten eingewanderten Juden betrieben würden; auch die Schädigung der Bevölkerung durch den wilden Zigaretten- und Schokoladenhandel kommt zur Sprache.

Gegen den Holzwucher.

Die Preussische Landesversammlung überwiegt am Donnerstag nach kurzer Beratung den Antrag Dr. Ritter (Dnat.) über die Wiedereinführung der Holzpreiskontrollen im Interesse der Jugendpflege, dessen Verwirklichung die Regierung von der Verbesserung der Betriebslage abhängig macht, dem Bevölkerungsausschuss. Dann erledigt das Haus eine große Anzahl Einsachen.

Abg. Krenz (Dnat.) begründet eine förmliche Anfrage über die hohen Holzpreise

Bei den staatlichen und kommunalen Holzversteigerungen. Landwirtschaftsminister Braun: Die Ursache liegt neben der Entwertung uneres Geldes in der starken Nachfrage nach Holz bei geringem Angebot. Und fehlt die Einfuhr von 15 Millionen Festmetern ausländischen Holzes und ferner haben wir ausgedehnte Waldgebiete in Polen und Westpreußen verloren. Die Regierung hat das Holz der Staatsforsten fast ausschließlich an das Handwerk und die Industrie abzugeben und kleinere Holzwerke an das Handwerk und freihändig an niedrigen Preisen verkauft. Leider ist durch diese Vergünstigungen kein Vorteil für den Verbraucher erzielt worden. Die staatliche Holzverwaltung ist bemüht gewesen, der Preissteigerung entgegenzuwirken. Jeder hat ihr Versich auf hohen Gewinn dem Verbraucher nichts genutzt. Ein Wes, der die feststehende Preissteigerung auf diesem Gebiete unterbindet, muß gefunden werden. Wie werden dem Reichswirtschaftsministerium den Vorschlag machen, die

Zwangsbewirtschaftung für Holz einzuführen; denn so wie jetzt geht es nicht weiter. (Beifall.)

Abg. Peters-Dachmann (Soz.): Das billige Holz der Staatsforsten muß in erster Linie der arbeitsfähigen Bevölkerung zugute kommen. Solange das Angebot so erheblich wie heute hinter der Nachfrage zurückbleibt, ist die Zwangsbewirtschaftung nicht zu empfehlen, wir erlauben deshalb dem Landwirtschaftsminister dringend, ihre Einführung zu betreiben. Wenn die wilde Ausfuhr von Holz nicht verhindert wird, so werden unsere Gruben im nächsten Jahre ohne Grubenholz sein. (Zustimmung.)

Abg. Wolf (Dem.): Die Regierung soll die Ausfuhr nach dem besetzten Gebiet überlassen. Die privaten Waldbesitzer müssen unter Kontrolle gestellt werden. Wir können nicht wieder in die Höhe kommen, wenn die Kontrolle der Aufsicht der Ordnung im besetzten Gebiet hindert.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. Christange (U. Soz.) und Gels (D. Soz.) schließt die Aussprache.

Dienstag, den 16. März mittags 12 Uhr: Verfassung, Verkehrsamt der Eisenbahnen, Reichsrechnungshalt. Schluß 1/2 Uhr.

Die Betriebsratswahlen.

Der Schutz der Frauen nach dem Betriebsrätegesetz.

Wie noch in Erinnerung, hat bei den Beratungen über das Betriebsrätegesetz auch das Verhältnis von Männer- und Frauenarbeit eine erhebliche Rolle gespielt; die Frauen stärksten zum Teil — und zwar ohne Unterschied der Richtung —, daß die Betriebsräte die durch das Gesetz verliehene Stellung benutzen würden, um auf die Entfremdung der Frauen aus den Betrieben hinzuwirken. Um solchem Streben durch das Gesetz entgegenzutreten, sind in den Paragraphen, die von der Einstellung und Entlassung handeln, besondere Bestimmungen aufgenommen worden.

Danach dürfen die über die Einstellung etwa vereinbarten Richtlinien nicht bestimmen, daß die Einstellung von der Jugendfähigkeit zu einem bestimmten Geschlecht abhängig sein soll. Der Arbeiterrat kann daher z. B. nicht vereinbaren, daß der Unternehmer nur Männer oder eine bestimmte Mindestzahl von Männern einzustellen habe. Interessant ist nun, daß der demokratische Arbeiter-Schneider in seinem Kommentar zum Betriebsrätegesetz (§ 81) als Beispiel für die Richtlinien anführt, sie könnten Bestimmungen enthalten über... 3. die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte. Jedoch dürfen keine Beschränkungen bereits vorhandener Frauenarbeit, noch etwa eine allgemeine Anzahlschneidung vereinbart werden. Herr Schneider erklärt also in den Bestimmungen beispielsweise, es dürfen nur 10 Arbeiter oder nur 1/4 der Arbeiter des Betriebes Frauen sein, keine Vorschrift über die Jugendfähigkeit zu einem bestimmten Geschlecht als Voraussetzung zur Einstellung; vielmehr erkundigt sich Herr Schneider einmal bei seiner Praktikantenschülerin Frau Lüders nach dem Sinn jener Bestimmungen des Gesetzes, für das er doch selbst Berichterstatter war. Auch der jüngst erschienene Kommentar von Reichsk-Drupp nennt in § 81 Anm. 10 als Beispiel die Richtlinien Bestimmungen darüber, in welchem Verhältnis im Betriebe jugendliche Arbeiter und Frauen beschäftigt werden dürfen, eine bezüglich der Frauen mit dem Gesetzeswortlaut und Sinn geradezu unvereinbare Auslegung.

Die andere Schutzbestimmung für die Frauen im Bereich des Mitbestimmungsrechts ist das Recht, Einspruch gegen eine Entlassung zu erheben, wenn der begründete Verdacht besteht, daß die Kündigung wegen der Jugendfähigkeit zu einem bestimmten Geschlecht erfolgt ist (§ 84 Ziffer 1 S. 1. A. W.); ist also einer Angestellten vermutlich nur deshalb gekündigt worden, weil sie Frau ist, so ist das Einspruchsverfahren nach § 84 ff. S. 1. A. W. begründet.

Vor wenigen Tagen ist hier bereits darauf hingewiesen, wie segensreich die Mitarbeit der Frau im Betriebsrat sein kann, und es wäre höchst unklug und kurzfristig, wenn die männlichen Arbeiter bei der Aufstellung der Listen nicht von selbst für eine genügende Vertretung der Frauen sorgten. Der Gesetzgeber hat die Beteiligung der Frauen zwar nicht zwingend vorgeschrieben, wohl weil dies die ohnehin etwas verwickelte Verhältnismäßig nur noch weiter kompliziert hätte. Er hat aber in § 22 ausgesprochen, daß bei der Zusammenfassung des Betriebsrats die verschiedenen Berufsgruppen der im Betrieb beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen, und es ist nur auf das dringendste zu wünschen, daß dieser empfehlende Hinweis im Gesetz die gebührende Beachtung findet.

Achtung, Betriebsräteschule!

Heute, Freitag, den 5. März, spricht Herr Fischer über die Technik der Betriebsratswahlen. Die Hörer werden erlucht, das Gesetz nebst Kommentar mitzubringen.

Gewerkschaftsbewegung

Einigungsvorschläge zum Streik in den Brotfabriken.

Die Vertreter der Vereinigung der Brotfabrikanten Groß-Berlins und des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen, Verwaltung Berlin, haben vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Auftraggeber am gestrigen Tage folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Mit Wirkung vom 16. Februar 1920 beträgt der Mindestlohn in den Groß-Berliner Großbetrieben für den Gesellen wöchentlich 195 M. Soweit jetzt bereits im Einzelfall der tatsächlich gezahlte Wochenlohn 100 M. oder mehr beträgt, tritt eine Erhöhung nicht ein.
2. Die Parteien treten unterzählig in Verhandlung wegen Abschlußes eines neuen Tarifvertrages.
3. Bis zum Abschluß des zu 2. erwähnten neuen Tarifvertrages gilt wegen des Lohnes das zu Nr. 1 Gesagte. Im übrigen gelten die bisherigen Bestimmungen des gegenwärtigen Tarifvertrages bis zum Abschluß des neuen Tarifvertrages fort.
4. Rastreitungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt.
5. Der Zentralverband übernimmt es, seinen Mitgliedern sofort Mitteilung von der Vereinbarung zu 1-4 zu machen, und sie aufzufordern, für den Fall der Zustimmung sofort die Arbeit wieder aufzunehmen oder, falls sie noch nicht niedergelegt ist, fortzusetzen. Im Falle der Nichtzustimmung aber sofort dem Zentralverband Mitteilung zu machen.

Abstimmungsergebnis im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband.

Bei der am 29. Februar stattgefundenen Wahl des erweiterten Vorstandes der Bezirksstelle Berlin erhielten von 2165 gültigen Stimmen: Sodapp 1294, Pösch 1149, Schmitz 1223, Hahnke 1101, Köfner 2120, Großfuß 1489, Reh 576, Häfner 1205, Seidel 1018, Schmeiz 1224, Janke 1143.

Es sind somit gewählt: Sodapp, Schmitz, Kasper, Großfuß, Häfner und Schmeiz.

Gewerkschaftsmitglieder.

Karten zu ermäßigten Preisen für die Vorstellung „Jakobs Traum“, Schauspiel von Peter Hofmann, für Sonntag, den 7. März, nachmittags 2 Uhr, im Deutschen Theater. Können noch in unserem Bureau, Engelauer 16, Zimmer 1, abends von 6 bis 7 Uhr entgegengenommen werden.

Nahrungs- und Genussmittelbranche des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

Von Mitgliedern des Deutschen Transportarbeiterverbandes wird und geschrieben:

Die „Freiheit“ brachte in ihrer Nr. 65 vom 3. März einen Beschlussesbericht, worin behauptet wird, daß der in der Nahrungs- und Genussmittelbranche erfolgte Zusammenschluß der Aktion des Roten Volksgenossen zu danken sei. Demgegenüber sei betont, daß dieser Zusammenschluß weder das Verdienst des Roten Volksgenossen und der gewählten U.S.P.D. und R.P.D.-Mandanten, sondern das der alten Branchenleitung ist. Sie allein hat unabhängig an diesem Aufbau gearbeitet, und zwar mit Erfolg für die Kollegen. Charakteristisch ist, daß ein Teil dieser revolutionären Umgestalter der Gewerkschaften noch nicht soviel Marken in ihr Parteibuch geliebt haben, als die mehrheitssozialistischen Angestellten Jahre zählen. Einige der in der Versammlung neugewählten „Größen“ konnten ihre Parteizugehörigkeit zur U.S.P. nicht genug betonen, obwohl dieselben erst im Frühjahr 1919 auf der Bildfläche erschienen sind.

Beachtenswert war der Wortsatz, der nach der bekannten Parole vor sich ging: Jeder Kandidat muß sein politisches Glaubensbekenntnis abgeben. Nachdem die Kandidaten ihr Bekenntnis durch Mündlichkeit gegeben hatten, übernahm der neugewählte Branchenleiter den Vorsitz. Die Befragung der Wähler als Reiz für die Branchenleitung erfolgte nach demselben Rezept, wie die des Branchenleiters und Schriftführers.

Der Branchenleiter der Kellerarbeiter, welcher seit dem Jahre 1907 keine Branche zur vollen Zufriedenheit der Kollegen leitete, fand, weil er S.P.D.-Mitglied ist, gleichfalls keine Gnade vor den Augen der Unentschiedenen. Der Branchenberater, ein alter Gewerkschaftskämpfer, Anhänger der Arbeitsgemeinschaft und Mitglied der S.P.D., fand einen warmen Ansprecher in dem neuen Branchenleiter. Das Resultat war: einstimmige Wahl. Warum? Weil er als Branchenleiter gebraucht wurde und als Arbeiter gut genug ist.

Die mehrheitssozialistischen Angestellten verließen nach der Wahl den Saal, nicht weil sie bei der Wahl unterlegen sind, sondern um nicht einen Vortrag von einem in Reichsland abgewirtschafteten Redner über sich ergehen zu lassen, der das Betriebsrätegesetz nur den Namen nach kennt und von der gewerkschaftlichen Praxis keine Ahnung hat. Folgebild muß noch werden, daß auch ein großer Teil Nichtangestellter den Saal verließ. Diese Versammlung hat so recht gezeigt, auf welchem politischen Niveau die Novembersozialisten der U.S.P. stehen.

Tarifabschluß für die Werkmeister in den Buchbindereien Groß-Berlins.

Nach fast einjährigem Bestreben um den Abschluß eines Reichstarif für die Werkmeister in den Buchbindereien usw. ist es nunmehr gelungen, einen Tarif für die Groß-Berliner Betriebe abzuschließen. Fast schien es, als sollten die bisher mit größter Geduld ertragenen und in die Länge gezogenen Verhandlungen sich zu einem Kompromiß aufhellen. Der Reichstarif ist vorläufig in die Ferne gerückt; doch ist auch dieser kommen, sobald die Zeit hierzu reif ist. Das Mindestgehalt beträgt ab 1. Februar 1920 für Obermeister 1050 M. monatlich, für Werkmeister 950 M. monatlich, für Untermeister 850 M. monatlich. Außerdem wird eine Wirtschaftsbeihilfe von 300 M. gezahlt. Die Differenz der unter den nachstehend gezahlten Beträgen erfolgten Gehaltszüge ist nachzuzahlen.

Obermeister	Werkmeister	Untermeister
1. August bis Ende Oktober	650 M.	550 M.
1. Novbr. bis 31. Dezember	725	625
1. Januar bis Ende Februar	825	725
1. Februar ab	1050 M.	950

Es ist nun Pflicht aller beteiligten Kollegen, mit Nachdruck für die Einhaltung der getroffenen Vereinbarung einzutreten. Wenn der Tarif von beiden Parteien beachtet und respektiert wird, wird derselbe zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit weitaus beitragen.

Die Arbeitslosigkeit im Fleischergetriebe.

Nach einer Aufstellung für das Reichsstatistische Amt betrug die Zahl der arbeitslosen Fleischergehilfen am Schluß des Monats Januar 1920. Bei einer Mitgliederzahl von 21 766 sind also rund 26 Proz. Arbeitslose vorhanden.

Der Verband der Fleischer stellt sich infolge der großen Arbeitslosigkeit gezwungen, mit einer Eingabe an die Gemeindevorstände waltungen heranzutreten, um diese zur Verringerung der Arbeitslosigkeit zu veranlassen. Es wird den Kommunalverwaltungen der Vorschlag gemacht, die Fleischermeister zu veranlassen, bei einem gewissen Fleischauftrag einen Gesellen zu beschäftigen. Gleichzeitig soll auf eine Erhöhung der wöchentlichen Fleischerlöhne hingearbeitet werden. Entsprechende Vorschläge werden vom Fleischerverband gemacht. In Sachen wie in einer Reihe anderer Städte sind bereits eine größere Anzahl Gesellen auf der vorgeschlagenen Grundlage in Arbeit gebracht worden.

Loblied der Unabhängigen auf die Regierung. Nach dem letzten Jahresbericht der Reichsstatistik über die Entwicklung des Holzgewerkschafts — die Geschäftsleitung betont ausdrücklich ihre Zugehörigkeit zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei — (schon die Unabhängigen mit den Forderungen der Regierung doch nicht ganz so unzufrieden zu sein. Denn in dem Bericht heißt es: „Auf wirtschaftlichem Gebiet sind wir ein gewisses Stück vorwärts gekommen. Der Stundenlohn ist verdoppelt und verdreifacht worden. Die Arbeitszeit ist weit über das ehemals gesteckte Ziel hinaus vergrößert. „Nach der Achthundentag!“ Das war die Parole bei den Meistern in Friedenszeiten. Heute arbeiten wir mit wenigen Ausnahmen 45 und 48 Stunden. Der Urlaub, wie lange war er unsere heilige Schutzhülle. Mancher von uns verzweifelte, er glaube es nicht mehr zu erleben, daß er Ferien bekommen, daß er sich erholen und einmal ausruhen könne auf Kosten des Kapitals, daß er einmal in voller Freiheit mit seiner Familie über eine kurze Spanne Zeit selbst verfügen kann. Dieser Urlaub, diese Erholung, diese Freiheit, sie ist da. Das Unternehmertum, als bisher alleinbestimmender Faktor im Wirtschaftsleben ist zum wesentlichen Teil ausgeschaltet, und die Festschreibung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Befreiung der Produktion und der gesamten Lebenslage der Arbeiterklasse ist über Diktatur entfallen. Sie ist heute zum guten Teil der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiterklasse unterstellt.“

Geschleitere Tarifbewegung in der Berliner Zugschloß-Industrie.

Seit annähernd einem Jahre bemühen sich die Werkmeister und Direktoren der Berliner Zugschloß-Industrie um einen Tarifabschluß. Mit allen Mitteln versuchten die Arbeitgeber einen solchen zu verhindern. Leider gelang es ihnen, einen Teil der Werkmeister durch persönliche Versprechungen und keine Aufbesserungen zu bewegen, die Vollmacht für einen Tarifabschluß rückgängig zu machen. Auf eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses, welcher den Arbeitgebern aufgab, einen Tarifvertrag abzuschließen, erhoben die Arbeiter Einspruch. Nach langen Verhandlungen ist nunmehr dem Schlichterspruch durch den Oberpräsidenten die Verbindlichkeit besetzt worden.

In der Begründung wird betont, daß bei der verhältnismäßig geringen Anzahl der Werkmeister und Direktoren, die durch einen solchen Tarifvertrag betroffen würden, das öffentliche Interesse ein solches staatliches Eingreifen zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftens, wie es in der Aufrechterlegung eines Tarifvertrages gegen den Willen der einen Partei liegt, nicht erfordert. Außerdem erscheine es auch für den einzelnen Betrieb nicht zweckmäßig, für seine Werkmeister und Direktoren einen besondern Tarif zu schaffen und auf diese Weise die Werkmeister und Direktoren aus der Zahl der anderen Angestellten herauszuheben.

Die Organisation erwarb von den Werkmeistern, daß sie auf diesem verbotenen Tarifmarkt keinen und in Zukunft die Einigkeit der Kollegen nicht mit einzelnen persönlichen Vorteilen wanken gelassen.

Vertrauensleute der Buchbinder in den Buchbindereien! Nehmt auf das heutige Institut in „Vorwärts“. Die Branchenleitung, S. 1. u. 2. Seite.

Buchbinder! Die Fortsetzung der Bezirksversammlung 1 (1. Teil) findet am Montag, den 8. März, abends 7 Uhr, im Vorlesaal des Zentralratsbüros, Eldonstr. 10, statt.

Rund der technischen Angestellten und Beamten. Schwefel. Verammlung Dienstag, den 9. März, Tagesordnung u. a.: Vortrag über „Anhaltende und Volkswirtschaft“. Wahlvorschlüsse zum Bundesrat. Neuantrag zum „Besseren Wohl“, Bismarckplatz 2.

Verband des Volk- und Telegraphenpersonals (Mitgliedschaft im Deutschen Transportarbeiterverband) Reimenastrassen Amtlicher Welt-, Fern- und Telegrammamt des Oberpostdirektionsbezirks Groß-Berlin. Sonntag, 7. März, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 16 (Zahl 3); Verammlung, Tagesordnung: 1. Der Reichstarif in seinen Wirkungen für die Reimenastrassen. 2. Diskussion. 3. Organisationsfragen.

Parteinachrichten.

Aus den Organisationen.

Zum Landesrat für den Kreis Tilsit-Niederung wurde unter Genosse Parteisekretär Otto Kahl-Königsberg vom Kreisrat gewählt. — Zum 2. Bürgermeister in Landeshut (Schlesien) wurde Arbeitersekretär Genosse Prohl gewählt. — In Eltsch, Kreis Ostpreußen, fand in der Woche eine Konferenz statt, in der Vertreter der S.P.D., der U.S.P.D. und der R.P.D. über die Einigungsvorschläge verhandelten. Jede Partei stellte einen Redner. Die anschließende Aussprache führte zu dem Ergebnis, daß eine 12-köpfige Kommission gewählt wurde mit dem Auftrag, die Einigungsfrage weiter zu behandeln. — Bei den Unterabteilungsverwaltungen in einigen Vorortschulen in Magdeburg erhielt die Liste der S.P.D. 310 Mandate, die der Unabhängigen 77 Mandate. — Durch Beschluß der preussischen Staatsregierung ist der bisherige kommissarische Polizeipräsident Genosse Renner vom Minister des Inneren definitiv zum Polizeipräsidenten von Stettin ernannt worden.

Ein neues Parteiblatt erscheint im besetzten Gebiet, um die dort verbotene „Frankfurter Volksstimme“ zu ersetzen; es ist die „Freie Presse“ in Dösch a. M.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Stimmig mild, meist wolfig, leichte Regenschauer.

Bericht für den reaktionären Teil: Keine Hilfe. Charlottenburg für Arbeiter: 18. März, Berlin. Verlag: Volksstimme G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlagsbuchhandlung u. Verlagsanstalt Hans Sinner u. Co., Berlin. Einband: 2. Dienst 1. Klasse.

Glühlampen zur Miete

gegen geringe Monatsgebühr; auf Wunsch auch gasgefüllte Metalldrahtlampen mit und ohne Armaturen. Ausgebrannte Lampen werden von uns ohne Mehrkosten ausgewechselt. Wöchentliche Lampenkontrolle. Instandhaltung von Gasglühlucht-Anlagen im Abonnement. Man verlange unverbindlichen Vertreterbesuch und überzeuge sich von den vorteilhaften Bedingungen. Fabrik für Glühlichtbedarf, Abonnements-Abteilung, Berlin O 17. Fernsprecher: Königsstadt 8233.

